

Poſener Tageblatt

Steuerreklamationen
selbständig u. richtig durch
**Das Polnische
Einkommensteuer
Gesetz**
in deutsch. Uebersetzung
Preis st. 7.50.
zu haben in allen Buchhandlungen.

Bezugspreis: In Poſen durch Boten monatl. 5.50 zl., in den Ausgabestellen monatl. 5.— zl. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zl. bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zl. Poſtbeamte (Poſen u. Danzig) monatl. 5.40 zl. Unter Streifband in Poſen u. Danzig monatl. 8.— zl. Deutſchland u. übriges Ausland 3.— Rmt. Einzelnummer 0.25 zl. mit illuſtr. Beilage 0.40 zl. — Bei höherer Gewalt, Verkehrsſtörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Buſchriften sind an die „Schriftleitung des Poſener Tageblatts“, Poſnań, Zwierzyniecia 6, zu richten — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammadrift: Tageblatt, Poſnań. Poſtbeamte-Konto in Poſen; Poſnań Nr. 200283 (Concordia Sp. Atc. Druckaria in Wydawnictwo, Poſnań). Poſtbeamte-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgepaltene Millimeterzeile 17 gr., im Textteil die viergepaltene Millimeterzeile 75 gr. Deutschland 12 bzw. 50 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. Plakatvorſchrift u. schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Öffentliche Führer 100 Groschen. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anſchrift für Anzeigenauffrage: „Kosmos“ Sp. z o. o., Poſnań, Zwierzyniecia 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Poſtbeamte-Konto in Poſen: Poſnań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o. o., Poſnań).

Augengläser
in jeder Ausführung
H. Foerster
Diplom-Optiker
Poſnań
ul. Fr. Ratajczaka 35.

70. Jahrgang

Mittwoch, 10. Juni 1931

Nr. 130

Heute:

Leitartikel: Notverordnung und Chequers. — Das Ereignis von Chequers. — Warschauer Meldungen. — Die Not der deutschen Kunst. — Amerika und das Kriegsschuldenproblem. — Englischer Gegenbesuch in Berlin. — Der Prozeß Graebe. — Die Umsatzsteuerreform. — Was kauft Polen gegenwärtig von Deutschland?

Bellage

„Recht und Steuern“:

Das neue Antikoholgesetz. — Die Stundung von Rentenbeiträgen. — Ist vollständige Entziehung der Schankkonzession möglich?

Der Prozeß Graebe in Poſen

Am morgigen Mittwoch, dem 10. Juni, vormittags um 9 Uhr beginnt vor dem hiesigen Appellationsgericht der Prozeß gegen den deutschen Sejmabgeordneten, Oberstleutnant a. D. Kurt Graebe, in zweiter Instanz. Die Verteidigung haben Rechtsanwalt Spiker-Bromberg und Rechtsanwalt Pniewski-Poſen übernommen.

Der Prozeß wurde in erster Instanz in Bromberg vor dem Landgericht verhandelt, und zwar kurz vor den letzten Sejmawahlen, am 12. November 1930. Damals wurde er zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

In der Anklage gegen Herrn Graebe wird von der Anklagevertretung behauptet, daß die Schuld in seiner Tätigkeit besonders bei der Beratung der annullierten Anträger, der Militärkapitäne und auch bei der Sorge um die Erhaltung der deutschen Schule zu suchen sei. Der Anklage liegt der § 129 des Strafgesetzbuchs zugrunde, in dem es heißt, daß die „Teilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken oder Beihilfestigkeiten gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch unlegitime Mittel zu verhindern oder zu entkräften“, bestraft werde.

Die Poſener Appellationsinstanz wird zu entscheiden haben, ob dieser Strafgesetzbuchparagraph verlegt worden ist. Wir sind der Überzeugung, daß dies nicht geschehen ist, und wir glauben, daß auch das Gericht zu dieser Überzeugung kommen muß.

In diesem Prozeß hat eine ganze Reihe von auswärtigen Journalisten ihr Kommen angekündigt.

Rechnet man bereits mit einer Suspensionsierung der Reparationszahlungen?

London, 9. Juni. (R.) Ein Sonderkorrespondent der „Daily Mail“ schreibt, Dr. Brüning und Dr. Curtius hätten keine Vereinbarung mit England über die deutschen Finanzprobleme abgeschlossen, aber es sei deutlich genug gemacht worden, daß ein ernstes neues

Wirtschaftsproblem im Entstehen sei. In britischen Kreisen gilt es jetzt nicht mehr als möglich, sondern als wahrscheinlich, daß Deutschland im nächsten Herbst die Reparationszahlungen suspendieren werde. Alle europäischen Nationen seien sich klar über die schwer wiegenden Folgen, die sich daraus ergeben. England würde im Falle einer Suspendierung der Reparationen 30 Millionen Pfund Sterling im Jahre einzubüßen. Großbritannien habe freies die Politik verfolgt, von seinen Schuldner nur so viel zu nehmen, wie zur Bezahlung seiner Gläubiger nötig sei; aber wenn die Schuldner Großbritanniens ihre Zahlungen einstellen, sei es die Frage, ob Großbritannien seine Zahlungen an die Vereinigten Staaten fortsetzen sollte. Die britischen Minister hofften ehrlich, dies zu vermeiden; aber auf dem Kontinent werde die Möglichkeit einer Einstellung der Schuldenzahlungen an die Vereinigten Staaten von den Staatsmännern ernstlich erwogen, falls die deutschen Zahlungen ausblieben.

Der Korrespondent schließt: Mit dieser Möglichkeit wird sich zweifellos der Bölkowbundsausschuß zur Untersuchung der europäischen Finanzlage befassen, und es wäre eine große Überraschung, wenn Anfang nächsten Herbstes, wo der Bericht des Ausschusses vorliegen wird, ein Versuch unternommen wird, in dieser Frage eine Übereinstimmende europäische Aktion zu sichern.

Englischer Gegenbesuch in Berlin

(Telegr. unserer Berliner Redaktion)

Pr. Berlin, 9. Juni.

Henderson gedenkt der deutschen Einladung zu folgen und im Laufe des Sommers Berlin zu besuchen. Da um diese Zeit auch der amerikanische Außenminister Stimson in Berlin weilen dürfte, so ist es nicht ausgeschlossen, daß eine Art Dreierkonferenz zustande kommt. Allerdings ist Stimson weit mehr in der Abrüstungs- als in der Reparationsfrage interessiert, und da auch Henderson in seiner Eigenschaft als Präsident der Abrüstungskonferenz Berlin besuchen wird, so dürfte die Unterredung zwischen dem deutschen, amerikanischen und deutschen Außenminister mehr dem Abrüstungs- als dem Schuldenproblem gewidmet sein. Es ist jedoch auch offensichtlich, daß die Reparationsfrage mit der Abrüstungsfrage in Verbindung gebracht wird, und da inzwischen wahrscheinlich englische Führer in Paris ausgestreckt werden sollen und auch der amerikanische Staatssekretär Mellon die Lage in Paris sondieren wird, so ist es möglich, daß die Zusammenkunft in Berlin konkretere Ergebnisse haben wird. Als Ergebnis der Besprechungen von Chequers scheint auch ins Auge gefaßt zu sein, daß die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel die deutschen Wünsche in Diskussion nimmt und eventuell in Basel eine internationale Konferenz zur Beratung über das Schuldenproblem anberaumt wird.

Mit einem großen Empfang in der deutschen Botschaft fand gestern abend der programmreiche deutsche Besuch seinen Abschluß. Heute früh fahren die deutschen Gäste wieder nach Southampton ab und werden mit einem Torpedoboot auf den Llyondampfer „Bremen“ zur Rückfahrt nach Deutschland gebracht.

In der Botschaft gab gestern der Botschafter ein Essen in kleinem Kreise, bei dem die führenden Mitglieder aller drei englischen Parteien mit dem Reichskanzler und dem Außenminister zusammenkamen.

Brüning hielt gestern in gutem Englisch zwei Reden, die eine bei einem Frühstück der englisch-deutschen Gesellschaft, die andere auf einem Tee des königlichen Instituts für auswärtige Politik. Bei beiden Gelegenheiten fand er einen überaus herzlichen Empfang. Im Verlauf des Frühstücks der deutsch-englischen Gesellschaft sagte der Vorsitzende Lord Reading, er habe vor Brüning besondere Hochachtung, denn er sei der jüngste Premierminister in Europa und sei Reichskanzler geworden, als er erst fünf oder sechs Jahre Mitglied des Reichstages war. Dr. Brüning erwiderte, daß er mit der größten Genugtuung und aufrichtigen Hoffnung für die Zukunft feststellen könne, daß die beiden Länder einander näherrücken, und er hoffe, daß sich die freundlich-häflichen Beziehungen weiter stabilisieren werden.

Bei dem Empfang im Institut für auswärtige Angelegenheiten antwortete Dr. Brüning, nachdem er den Dank für die freundlichen Begrüßungswoorte ausgesprochen hatte, er sei überzeugt, daß eine Einrichtung wie das Institut für auswärtige Politik ein sehr günstiger Faktor bei der Verwirklichung des großen Ziels sei, nach dem alle verantwortlichen Staatsmänner hinstreben, nämlich der internationalen Zusammenarbeit und der Sicherung des Weltfriedens. Der Reichskanzler betonte die Notwendigkeit, die Wirtschaftskrise der Welt zu bekämpfen und die Wohlfahrt wiederherzustellen. Er sagte: „Unsere beiden Länder erfähren das volle Gewicht der Weltdepression und der Not, die sie für Millionen von arbeitslosen Bürgern bringt.“

Brüning und Curtius werden morgen am späten Nachmittag in Berlin eintreffen. Voraussichtlich wird sich das Kabinett schon am Donnerstag mit dem Bericht über den Besuch in Chequers und mit der Vorbereitung der weiteren Schritte beschäftigen. Brüning wird auch die erste sich bietende Gelegenheit benutzen, um dem Reichspräsidenten ausführlich über die englische Reise zu berichten. Er wird zu diesem Zweck wahrscheinlich am Ende der Woche nach Neudeck fahren, wo der Reichspräsident sich auf seinem Gute zum Sommeraufenthalt befindet.

Notverordnung und Chequers

Von unserem Berliner Korrespondenten
Paul Ring

Die Notverordnung, die umkämpft war, bevor sie zur Welt kam, ist nun veröffentlicht. Zwar nur im Auszug, so daß über ihre Auswirkungen durchaus Unklarheit herrscht; aber die Parteien sind sich schon jetzt darüber klar, daß Lasten und Zugeständnisse gleichmäßig auf alle Bevölkerungsschichten verteilt sind, und daß daher alle gleichmäßig Grund zu Frieden haben. Indessen niemand in Deutschland kann sich der Einsicht verschließen, daß diese Notverordnung als Grundlage des Vorstoßes in der Reparationsfrage nichtig war, und so ist der Aufruhr der Reichsregierung, der zumindest ebenso an das Ausland wie an das Inland gerichtet erscheint, mit einer gewissen Reserve aufgenommen worden. Mit einer Reserve nicht gegenüber Brüning, dessen Intentionen jedermann versteht und dessen rührige Aktivität in außenpolitischen Fragen jedermann billigt, sondern mit einer Reserve für den gefundenen Menschenverstand derjenigen, deren Schadenfreude stärker ist als die Erkenntnis, daß der deutsche Schade auch ihr Schade sein muß.

Bezeichnend ist, daß die gesamte Regierungspresso zur Notverordnung kritisch eingestellt ist, trotzdem die Einzelheiten noch nicht bekannt sind. Die einen wenden sich gegen die Einführung der 40 Stunden-Woche, die anderen gegen die weit stärkere Besteuerung der festen Einkommen gegenüber den Verdiensten der Unternehmerschaft. Die einen wenden sich gegen den Abbau der Beamtengehälter, die anderen wünschen eine Entbürokratisierung des staatlichen Apparates, also den Abbau ganzer Ämter. Insbesondere der ehemalige Finanzminister Reinhold wendet sich in der „Vossischen Zeitung“ gegen die Komplizierung des Steuerapparates durch die vielen verschiedenen Steuern, dagegen, daß z. B. die Wohnungssämter noch nicht verschwinden und daß das Nebeneinander zwischen Reichs-, Länder- und Gemeindewirtschaft bestehen bleibt. Vor allem wird aber festgestellt, daß die Grundbedingung der schon früher durchgeführten Abbau- und Sparmaßnahmen, die Preisentlastung am Widerstand der Kartelle gescheitert ist. Und trotz indirekter Subventionierungen, die in der Notverordnung mit den Aufräumen, die die Reichsbahn neu vergeben wird, enthalten sind, stimmen auch die der Industrie nahestehenden Blätter in den Ruf ein: „Das Mal ist voll!“ In einem ist das deutsche Volk jetzt einig: die Reparationslasten sind untragbar. Die Front reicht hier von Hitler bis Wels. Und die deutschen Minister können bei ihren Unterhaltungen in Chequers darauf hinweisen, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hinter ihnen steht. Die schärfsten Maßnahmen können der deutschen Wirtschaft nicht helfen, wenn die Gegner, wie Schacht das formuliert hat, ihre Verpflichtungen aus dem Young-Plan nicht erfüllen, die darin bestehen, daß der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit gegeben wird, aus den Überflüssen und nicht aus der Substanz die Tribut zu bezahlen. Auch die Reichsregierung spricht in ihrem Aufruf von „Tributen“, und nicht, wie das bisher in der offiziellen Sprache üblich war, von Schulden oder Reparationszahlungen. Denn Reparationen bedeuten Sachlieferungen,

Abschiedstelegramme Brünings und Curtius'

Southampton, 9. Juni. (R.) Reichskanzler Brüning hat an den britischen Premierminister Macdonald folgendes Telegramm gesandt:

„Mein lieber Premierminister!

Beim Verlassen des englischen Bodens möchte ich Ihnen nochmals sehr aufrichtig für die liebenswürdige Gastfreundschaft danken, die Dr. Curtius und mir selbst während unseres Besuchs in Chequers zuteil geworden ist. Sie dürfen verübt sein, daß wir uns der angenehmen Tage, die wir in Ihrem schönen Lande zugebracht haben, und des warmen Empfangs, der uns von der britischen Regierung und dem britischen Volke bereitet worden ist, stets sehr dankbar erinnern werden. Seien Sie mein lieber Premierminister, meiner aufrichtigen Ergebnis ver sicher.“

Reichsaßenminister Dr. Curtius hat an Staatssekretär Henderson nachstehendes Telegramm gesandt:

„Mein lieber Staatssekretär!

Wollen Sie bitte meinen aufrichtigen Dank entgegennehmen für die schöne Gastfreundschaft, die Sie mir während meines Besuchs in England erwiesen haben. Ich habe mich sehr gefreut, Gelegenheit zu haben, mit Ihnen in Ihrem eigenen Lande zusammenzutreffen, und ich empfinde sehr hohe Dankbarkeit für die angenehmen Tage, die ich in England verbracht habe. Mit der Verjüngung meiner aufrichtigen Ergebnis verabschiede.“

Dr. Curtius.

Abreise des Reichskanzlers und des Reichsaßenministers von London

London, 9. Juni. (R.) Der deutsche Reichskanzler und der Reichsaßenminister sind um 8.13 Uhr nach Southampton abgereist, von wo sie auf der „Europa“ die Rückfahrt nach Deutschland antreten.

Gegenbesuch der englischen Minister in Deutschland

London, 9. Juni. (R.) Die deutschen Minister haben bei ihrem englischen Besuch ihre englischen Gastgeber zu einem Gegenbesuch in Berlin eingeladen. Macdonald und Henderson haben diese Einladung mit Dank angenommen. Der Zeitpunkt und die Einzelheiten des Besuchs der englischen Minister werden demnächst festgesetzt werden.

Der französische und der italienische Botschafter bei Henderson

London, 9. Juni. (R.) Staatssekretär Henderson empfing gestern, wie „Times“ berichten, den französischen und den italienischen Botschafter, die über den wesentlichen Inhalt der Besprechungen von Chequers informierte.

Sauerwein über Chequers

Paris, 9. Juni. (R.) Der Außenpolitiker des „Matin“ urteilt über die Besprechung von Chequers folgendermaßen: Der Besuch der deutschen Minister in England hat für Deutschland zweierlei Vorteile gebracht. Der erste ist darin zu erblicken, daß eine Fühlungnahme und eine gewisse günstige Strömung hergestellt worden ist, die man zum größten Teil der hervorragenden Persönlichkeit Brünings zuschreiben muß. Ferner hat Deutschland nunmehr die Idee verbreitet, daß es an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelommen sei. Diese Idee wird für Deutschland arbeiten, nicht nur in Europa, sondern ähnlich auch in Amerika, und wenn eines Tages die deutsche Regierung erklärt, daß sie wirklich nicht mehr zahlen könne, wird sie sich in der guten Stellung befinden, daß sie daran erinnern kann, sie habe die englische Regierung und dadurch auch die Gläubigerstaaten im vorans davor aufmerksam gemacht, indem im einzelnen die schwierige Lage Deutschlands bekanntgegeben worden sei.

Borahs Meinung über Deutschland

London, 9. Juni. (R.) Der New Yorker Korrespondent des „Daily Telegraph“ gibt eine Neuübersetzung des Senators Borah wieder, wonach dieser gesagt haben soll, die Zustände in Deutschland seien „so schlimm, wie sie überhaupt sein können“. Borah fügte dieser Mitteilung hinzu, daß er in letzter Zeit viele direkte Mitteilungen aus Deutschland erhalten habe.

Schulden Rückzahlung erhaltener Werte; die Zahlungen, wie sie aber heute aus dem deutschen Wirtschaftskörper gepreßt werden sollen, können nur mehr als Tribute bezeichnet werden.

Es waren früher vor allem die deutschen Sozialdemokraten, die im Interesse des Friedens für die Erfüllungspolitik eintraten. Die Zeit hat gezeigt, daß die Hoffnungen, die kapitalistischere Bevölkerung werde die Tribute bezahlen, sich nicht erfüllen konnten. So ist es gekommen, daß die Sozialdemokratie sich vor die Gefahr gestellt sah, ihre Positionen im Reiche zu verlieren, wenn sie nicht die Erfüllungspolitik einer Revision unterzog. Dies hat ihr Brünning durch sein Eintreten für die 40 Stunden-Woche erleichtert. Er hat hiermit gleichsam zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen; denn nun kann er vor die Minister der englischen Arbeiterpartei mit dem Vertrauensvotum der deutschen Arbeiterpartei, die ihr nahesteht, treten, und gleichzeitig einen Vorschlag zur Lösung der Arbeitslosenkrise, die ja keine deutsche, sondern eine europäische Krise ist, mitbringen, der Macdonald und Henderson als Vertretern der Arbeiterschaft durchaus sympathisch erscheinen muß. Man kann hier nur wieder den glänzenden Taktiker Brünning erkennen, der aus dem Zwang der Parteien heraus sich eine unabhängige und nationale Linie sichert und die aktivste Revisionspolitik, die jemals von einer deutschen Regierung gewagt wurde, mit Geste macht, die die Gegner zur Mitarbeit zwingen.

Allerdings: nicht alle Gegner scheinen zu dieser Mitarbeit bereit zu sein. Frankreich verfolgt mit hämischen Blicken die Zusammenkunft in Chequers, trotz der beruhigenden Versicherungen, die Henderson Briand schon in Genf gegeben hat; trotz Brünings Erklärung, daß der Besuch in Chequer durchaus nicht gegen Frankreich gerichtet sei. Indessen Frankreichs Mithauer gegenüber den deutsch-englischen Unterhaltungen über die Reparationsfrage wäre nicht so groß, hätte es in der Abrüstungsfrage ein gutes Gewissen. Und hier liegt der Schlüssel nicht nur zu den Chequers-Besprechungen, sondern auch zum amerikanischen Standpunkt in der Schuldenfrage. Die Young-Lösung hatte Frankreich die Möglichkeit gegeben, nicht nur Goldvorräte aus deutschem und englischem Staatsbesitz abzuziehen, sie war auch die materielle Grundlage einer Rüstungspolitik, die England, Amerika und Italien zum Mithalten und zur kampfhaften Anspannung ihrer durch die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit schon überbelasteten Budgets zwangt. Die Zuständigkeiten, die seinerzeit Chamberlain den Franzosen in der Landabrüstungsfrage machte, wird jetzt Henderson im Hinblick auf seine italienischen Freunde nicht machen können, ganz abgesehen davon, daß auch die Flotteneinigung gescheitert ist. Einen Strich durch die französische Rechnung bedeutet auch die Wahl Hendersons zum Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, bekanntlich war Benesch der französische Kandidat. Amerika hat immer wieder die Schuldenstreitung von der Abrüstung abhängig gemacht. Und es sieht jetzt heimlich so aus, als würde man in London, Washington und Rom im stillen eine Lösung begründen, die Frankreich den Geldüberfluss nimmt, den es durch die Tribute erzielt und zu neuen Rüstungen verwendet.

Es ist deshalb kaum zu erwarten, daß sich, wie man dies in Frankreich wünscht, eine Front der europäischen Staaten bildet, die Amerika zwingt, zusammen mit der Reparationsfrage auch die Frage der Kriegsschulden einer Revision zu unterziehen. Zwar versucht Henderson, immer seiner Rolle als treuer Makler auch gegenüber Frankreich eingedenkt, über die öffentliche Meinung einen Druck auf Amerika auszuüben, wobei man nie weiß, ob er von Amerika nicht nur einen Schulden nachlaß gegenüber seinem eigenen Lande oder auch gegenüber Frankreich wünscht. Aber man weiß doch nur zu genau, daß Snowden, wie sich schon auf der Haager Konferenz gezeigt hat, eifrig darüber wacht, daß nicht nur der englische Staatsädel nicht zu kurz kommt, sondern auch, daß der französische Staatsädel nicht zu dick wird. Und der amerikanische Außenminister hat vor dem anscheinend nicht sehr vergnügten Antritt seiner Europareise, die offiziell als eine Art Vergnügungsreise dargestellt wird, vom Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im

Senat, Borah, sich einen schwerwiegenden Rat geben lassen, der jetzt in einer offiziellen amerikanischen Verlautbarung verbreitet wird. Mr. Borah hat festgestellt, daß niemand einen Vor teil davon haben würde, wenn man Deutschland in einen vollen wirtschaftlichen Zusammenbruch hineintriebe. Er hat aber auch hinzugefügt, man dürfe bei einer Betrachtung des Schulden- und Revisionsproblems nicht außer acht lassen, daß der Hauptgrund der Wirtschaftsdepression in Europa die Lust der Rüstung ist, die „eine klare und absichtliche Verleugnung des Versailler Vertrages darstellen“ und es Deutschland immer schwieriger machen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Dr. Brünning und Dr. Curtius scheinen also in einem richtigen Augenblick nach Chequers gefahren zu sein, in dem zwar noch keine Entscheidungen fallen dürften, immerhin aber schon die Schachfiguren zur kommenden Abrüstungskonferenz aufgestellt werden. Alles spricht dafür, daß in einer parallelen Konferenz auch die Schuldenabréistung zur Sprache kommen wird, so wenig erwünscht Frankreich die Verknüpfung der beiden Abrüstungsfragen auch sein mag und so gern man alles mit dem frommen Wunsch der „moralischen Abrüstung“ auf einen späteren Zeitpunkt verschoben hätte.

Der „Daily Herald“, ein Blatt, das Henderson nahesteht, hat, sozusagen als Begrüßungsartikel, die katastrophalen Folgen an die Wand gemalt, die für die Weltwirtschaft entstehen würden, wenn Deutschland seine Zahlungen einstelle. Der Reichskanzler hat es im Interesse des deutschen Kredites im Auslande für nötig befunden, festzustellen, daß Deutschland unter keinen Umständen die Zinszahlungen für die privaten Anleihen, die im Laufe der Jahre der deutschen Wirtschaft gewährt worden sind, einzustellen gedenkt. Der Artikel des „Daily Herald“ ist aber in zwei Hinsichten interessant. Erstens zeigt er, welcher Vorendienste man im Auslande, ohne überrascht zu sein, gewartig sein muß. Zweitens aber führt er vor Augen, wie die Furcht vor einer deutschen Ko-

tastrophe, insbesondere in den angelsächsischen Ländern, um sich zu greifen beginnt. Was Montague Norman in Amerika in seinen Gesprächen mit den Finanzgrößen ausgeführt haben mag, das sagt jetzt der „Daily Herald“ den Amerikanern in ebenso einfachen wie groben Worten: „Denkt nicht, daß euch die deutsche Katastrophe nichts angeht! Ihr habt mehr zu verlieren als wir anderen zusammen, denn: erstens habt Ihr 10 Milliarden in kurzfristigen und langfristigen Privatkrediten in Deutschland liegen, während alle anderen Länder zusammen nur 4 Milliarden zu verlieren haben. Und weiters müssen wir unsere Zahlungen an euch einstellen, wenn plötzlich Deutschland nicht mehr zahlken kann!“ Zwischen den Zeilen sagt aber der „Daily Herald“ noch etwas anderes: daß nämlich die Amerikaner ein Interesse daran haben, gegen die französische These aufzutreten; denn wenn es Frankreich daran liegen kann, Deutschland aus politischen Gründen niederzuhalten, so brächte Deutschlands Bankerott auch Amerika in eine äußerst gefährliche Lage. Wenn auch damit nicht gesagt sein wollte, daß Deutschland vor dem Bankerott steht, so war damit doch gesagt, daß Amerika ein Interesse daran hat, den Young-Plan zu revidieren, damit Geld für die Bezahlung der Deutschland gewährten amerikanischen Privatkredite frei wird.

Gedrehte diejer Umstand läßt aber den zuerst von englischer Seite ausgegangenen Plan einer Überbrückungsanleihe als vollkommen ungemein et erscheinen. Es bleibt gewissermaßen gleichgültig, was in Chequers konkret herauskommt. Schon jetzt ist klar, daß eine Revision des Young-Planes unausbleiblich ist. Nr. 1 des deutschen außenpolitischen Programms, die Zollunion, hat noch starken Widerstand erregt, aber doch den Boden für Nr. 2 des Programms, die Youngrevision vorbereitet. Nr. 3, die Abrüstungskonferenz folgt, ohne daß bis jetzt eine gegendeutsche Front zustandegekommen wäre. Und Nr. 4 dürfte noch mit der Danziger Frage eine Zeitlang auf der Genfer Tagesordnung warten. Vergessen ist auch diese Frage nicht.

Die Befürchtungen der Franzosen sind sehr interessant, um so mehr, als ein englisches, bisher durchaus nicht deutschfreundliches Blatt, die „Morning Post“, vermerkt, man spreche von der Möglichkeit einer neuen Konferenz zur Beprüfung der Schuldenfrage und der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. In maßgebenden deutschen Kreisen hält man diese Gerüchte von einer unmittelbar bevorstehenden Konferenz für verfrüht. Man glaubt auch die unmittelbar bevorstehenden Schritte unbedingt gehalten zu müssen, weil bekanntlich in der Politik die Wirkamkeit einer Aktion in Frage gestellt wird, wenn die Einzelheiten über sie zu früh bekannt werden. Es steht aber fest, daß die deutschen Minister von ihrem Besuch in Chequers außerordentlich bestürzt zurückkehren werden. Nach ihrer Rückkehr wird erst der einzuberufende Kabinettsrat die einzuleitenden Maßnahmen beschließen. Es scheint aber schon jetzt festzustehen, daß vorerst die aus dem Young-Plan selbst sich ergebenden Maßnahmen ergriffen werden, wie der Ausschuß des Transfers und die Einberufung des Ausschusses der Baler B33.

Es ist selbstverständlich, daß die Einberufung einer neuen Reparationskonferenz noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, und daß ein weltpolitisches Ereignis von derartiger Tragweite diplomatisch vorbereitet werden muß. Der Reichskanzler wird deshalb aller Wahrscheinlichkeit nach verlangen, daß die Pläne einer Neuerberufung des Reichstags zur Kritik an der Notverordnung fallen gelassen werden, bis alle Möglichkeiten einer diplomatischen Revisionsmöglichkeit ausgeschöpft sind. Denn wie weit Verhandlungen mit Amerika und Frankreich, wenn auch der deutsche Standpunkt von England unterstützt wird, Erfolg haben können, kann niemand übersehen, um so mehr, als er vom bisher unlösbar Problem, dem der Abrüstung, abhängig gemacht wird. In diesem wird der Reichskanzler in Chequers in aller Offenheit dargelegt haben, daß die Lösung kommen muß, wenn die Gläubigerstaaten nicht einer Regierung mit Sauerwein als Finanzminister gegenüberstehen wollen, die die Schuldenlasten einschaffen will. Diese deutsche innenpolitische Konstellation läßt augenhörlich den Schluß zu, daß die Siegerstaaten selbst den Ausweg suchen werden. Finden sie ihn nicht, so wird diese außenpolitische Konstellation Schluß auf einen kommenden Umschwung in der deutschen Innenpolitik nach rechts zulassen.

Amerika und das Kriegsschulden- und Abrüstungsproblem

London, 9. Juni. (R.) Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ meldet: Staatssekretär Stimson hatte gestern vormittag eine lange Unterredung mit dem Präsidenten Hoover, aber weder über das Communiqué von Chequers noch über den Erlass der deutschen Regierung ist ein Kommentar gegeben worden. Immerhin ist es aufgefallen, daß der Staatssekretär keine Gelegenheit nahm, auf die amerikanische Auffassung hinzuweisen, daß zwischen Reparationen und Kriegsschulden kein Zusammenhang bestehe. Die Möglichkeit, daß von Europa die Vereinigten Staaten gewissermaßen eingeladen werden könnten, der Wiederaufrollung der ganzen Kriegsschuldenfrage näher zu treten, wird von verschiedenen Mitgliedern des Kabinetts mit Unruhe betrachtet. Staatssekretär Stimson soll allerdings weniger beunruhigt sein als der Präsident selbst. Die sich hier allmählich bemerkbar machende Neigung, Schulden zu mindern und Abrüstung als zusammenhängende Fragen zu behandeln, betrifft man gegenwärtig nicht als eine Aufforderung an Europa, die Schulden- und die Abrüstungsfrage zusammen aufzurollten. Vielmehr ist darin eine Bedeutung zu erblicken, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie aufgefordert werden sollten, die Schuldenfrage neu zu erwägen, dies nur im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage tun werden.

Der Korrespondent weist dazu auf den geistigen Leitartikel der „Washingtoner Daily News“ hin, der seiner Meinung nach in diesem Zusammenhang Gedankengänge entfalte, die in weiten Kreisen Aufnahme finden. In dem Artikel heißt es, die Faktion der Washingtoner Regierung, daß Reparationen und Schulden nichts miteinander zu schaffen hätten, brachte zusammen, aber Verminderung oder gar Streichung der Schulden sei eine zueinfache Lösung. Es müsse doch im Auge behalten werden, daß Amerika bereits 25 bis 75 Cent pro Dollar an Kriegsschulden gestrichen habe, und daß die alliierten Regierungen die ihnen dadurch ermöglichten Ersparnisse für vermehrte Rüstungen vergeudet hätten. Die amerikanischen Bauern und Arbeiter wollten

Das Ergebnis von Chequers

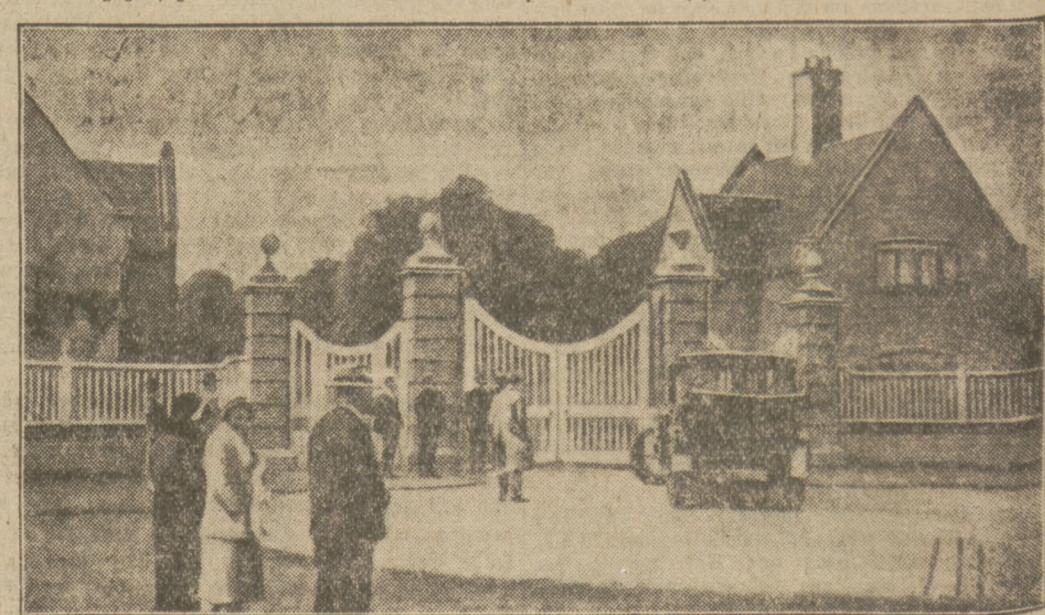
Pr. Berlin, 8. Juni.
Wenn jemand glaubte, daß er nach Chequers flügeln würde, als er vor Chequers war, so hat er sich geirrt. Aus den dunkelsten Regionen der diplomatischen Sprache hat man für das Communiqué von Chequers die delphischen Wiedergaben herausgebracht, die der Phantasie freiesten Lauf lassen. Die in ungähnlichen Konferenzen durchgesetzten Formulierungen von internationaler Solidarität, Wiederherstellung des Vertrauens, wirtschaftlicher Wiederbelebung treten wieder auf, anscheinend mit noch größerer Vorsicht angewandt als auf den vielen vorangegangenen Konferenzen; denn die Staaten, die hier fehlten und deshalb etwas gegen sich witterten, sollten keinen Anlaß zur Verstimming finden. Und gewissermaßen als wichtigstes Ereignis dieser Konferenz nimmt die erste Hälfte des Communiqués das Frühstück in Anspruch, womit wohl nach außen der gesellschaftliche, harmlose Charakter der Zusammensetzung betont werden soll.

Indessen ist es doch so, wie ein englisches Blatt die Lage kennzeichnet: der Stein ist ins Rollen gekommen. Nicht nur unsichtbar zwischen den Zeilen des Communiqués, sondern sichtbar vor allem in der Presse: die Franzosen haben ihre liegenden Redakteure Sauerwein und Perrinax an der Spitze nach London entsandt. Die englische Presse widmet der Zusammenkunft spaltenlange Kombinationen, und die amerikanische Presse beschäftigt sich wieder mit Europa. Die Journalisten sind gezwungen, etwas zu berichten. Sie belägen die Amtsträger, jeder erfährt einen Zipsel, so schwirren Frage und Antwort hin und her, und im Handumdrehen scheinen die Tatsachen nicht nur ihres geheimnisvollen Mantels entkleidet, sondern auch vorwärts gebracht. Die Reparationsfrage, von der gestern noch niemand etwas hören wollte, steht plötzlich im Mittelpunkt des Interesses. Und daß dieses Interesse auch sehr reale Hintergründe hat, erhebt schon dadurch erwiesen, daß die beiden nächsten Mitarbeiter des amerikanischen Präsidenten ins „Rollen“ gekommen sind. Stimson und Mellon werden in Kürze auf dem Kontinent erscheinen, um sich von den Regierungen Europas sprechen zu lassen. Amerika tritt aus seiner „splendid isolation“ heraus. Hinter dem wenig belägenden Communiqué von Chequers verborgen sich sehr vielsagende politische Tatsachen.

Allerdings: wie weit diese Tatsachen uns der Lösung näherbringen, wird erst die Zukunft erweisen.

Wie das in der europäischen Politik nun seit langem ist, den Handel beginnen die Franzosen. Sie wissen angeblich noch nicht, worum es geht, aber sie wollen schon die Wurst. Wenn, sagt Monsieur Sauerwein, Frankreich als Hauptgläubiger sich darauf einlassen sollte, sei es ein Moratorium, sei es eine

Revision (!) zu bewilligen, oder wenn es heißt sein sollte, sich an einer finanziellen Hilfe für Deutschland zu beteiligen, dann werde das französische Parlament und die öffentliche Meinung „politische Garantien“ verlangen. Immerhin zeigt schon dieser Satz, daß man französischerleiht nun einen starken Druck nicht nur von englischer, sondern auch amerikanischer Seite erwartet. Mit eigner Besorgnis vermerkt Sauerwein, daß Stimson nach Europa komme, um die Abrüstungsfrage zu forcieren, und beunruhigt weist er darauf hin, daß am Tische von Chequers die bedeutendsten englischen Finanzschaffern verstreut sind: Montague Norman, der Gouverneur der Bank von England, und Sir Leith-Ross, der Leiter des Schatzamtes, mitgeschrückt haben. Berlinax vom „Echo de Paris“ hebt hervor, daß des Reichskanzlers ernste Haltung, sein ausgezeichnetes Englisch und sein gütiges Wesen einen außerordentlich günstigen Eindruck hinterlassen habe, und daß der „deutschen Propaganda“ in England ein starker Antrieb gegeben sei. Er hat erfahren, daß Deutschland binnen kurzem einen Antrag auf Revision des Young-Planes stellen werde, und daß die englische Regierung es übernommen habe, sich mit den anderen Regierungen hinsichtlich der diejenigen Antrag zu gebenden Folgen in Verbindung zu setzen.



Am Parktor von Chequers
Während der deutsch-englischen Absprache im Schloss zu Chequers harren die ausgeschlossenen Pressevertreter und Bildberichterstatter vor dem Parktor der Gelegenheit, in Aktion zu treten.

Wie wird der Sommer?

Die Meteorologen kündigen einen türkischen Sommer an und berufen sich dabei auf die alte Regel, daß einem heißen Mai ein türkischer und regnerischer Sommer zu folgen pflegt. Die Zeit der ungewöhnlich hohen Temperaturen, die in diesem Jahre im Mai verzeichnet worden sind, hat gerade Anfang Juni ihr Ende gefunden. Das soll eine Bestätigung der vorhin angeführten Regel sein. Die Polarluft aus Grönland und Nordrußland hat in Polen einen beträchtlichen Rückgang der Temperatur mit türkischen Nächten gebracht.

Eisenbahn und Auto in Polen

Die Länge des polnischen normalpurigen Eisenbahnnetzes betrug im Jahre 1925 rund 16 800 Kilometer, im vorigen Jahre 17 239 Kilometer. Die Kilometerzahlen anderer europäischer Länder mittleren Umfangs betrugen im Vorjahr in Rumänien 11 948 Kilometer, in Belgien 11 093, in der Tschechoslowakei 13 765, in Spanien 15 867, in Schweden 16 071, in Italien 21 000 Kilometer. Es versteht sich, daß das polnische Eisenbahnnetz freilich keinen Vergleich aushalten kann mit den europäischen Großmächten, wie etwa Deutschland und Frankreich.

Im vorigen Jahre wurden in Polen 1257 Kilometer normalpurige Bauten zu Ende geführt, und weitere 660 Kilometer Gleisstrecken waren im Ausbau begriffen. Nach ihrer Fertigstellung wird Polen weitere runde 2000 Kilometer Bahnen besitzen. Außerdem sind in der letzten Zeit 2294 Kilometer engpurige Bahnlinien fertiggestellt worden, so daß Polen im ganzen über ein Bahnnetz von rund 20 000 Kilometern verfügt.

Der Wagenpark umfaßt rund 6000 Lokomotiven, 12 000 Waggons für die Personenbeförderung und 160 000 Güterwaggons.

Im vorigen Jahre sind gegen 2 Millionen Passagiere und über 5 Millionen Tonnen an Güterlasten auf den polnischen Bahnen befördert worden.

Im polnischen Staate ließen im Jahre 1925 und 19 000 Kraftwagen. Am Ende des vorigen Jahres hatte sich diese Zahl bereits auf 37 000 erhöht, wozu noch 6000 Motorräder zu rechnen sind, so daß gegenwärtig rund 45 000 Kraftfahrzeuge in Betrieb gestellt sind. Daneben spielt die Personbeförderung per Autobus eine gewichtige Rolle, die aus folgender Statistik erhärtet wird: Befördert wurden im Jahre 1927 mittels Autobus 30 Millionen Passagiere, im Jahre 1928 rund 42 Millionen, im Jahre 1929 rund 57 Millionen und im vorigen Jahre gegen 70 Millionen. Auf 10 000 Einwohner kamen im Jahre 1925 in Prozenten 5,1, im Jahre 1926: 6,1, 1927: 7,2, 1928 8,5, 1929 rund 11 und im Jahre 1930 bereits 14 mechanische Fahrzeuge. Diese Ziffern beziehen sich auf die gesamte Republik Polen. Innerhalb der Wojewodschaften steht Warschau mit 81,8 Prozent an erster Stelle, auch die Westwojewodschaften haben beachtliche Ziffern aufzuweisen, während des mechanischen Verkehrsmittel immer seltener anzutreffen ist, je weiter wir uns nach dem Osten des Landes bewegen.

Die neuesten Meldungen über die Gründung einer schweizerisch-polnischen Gesellschaft zum Ausbau des polnischen Weges haben die Wichtigkeit der Eröffnung neuer Verkehrslinien und der Befestigung der Hauptstrecken erneut mit

aller Deutlichkeit unterstrichen. Auf diesem Gebiete bleibt noch viel zu tun übrig. Polen hatte im Jahre 1928 an befestigten Straßen 45 493 Kilometer, im Jahre 1929: 46 813, im Jahre 1930: 48 567 Kilometer aufzuweisen. Hierzu kommen große Teile unbefestigter Wege, so daß am Ende des vorigen Jahres das polnische Wegennetz rund 85 000 Kilometer betrug.

Nächtlicher Kampf mit einem Verbrecher

Gefährlicher Einbrecher von Kriminalbeamten gestellt — in der Notwehr erschossen

Posen, 9. Juni. Gestern kurz vor Mitternacht erlöst in der St. Martinstraße, Ecke Ratajczaka, plötzlich ein Revolverschuß, der trockn der späten Nachtstunde bald einen großen Auflauf verursachte. Wie sich herausstellte, hatte sich auf der Straße ein kurzer, aber schwerer Kampf zwischen dem bekannten 30jährigen Einbrecher Roman Nowicki und einem Kriminalbeamten abgespielt. Der Verlauf war folgender: Der Kriminalbeamte stand in der St. Martinstraße auf den ihm bekannt Nowicki, der seit längerer Zeit von Gericht und Polizei gesucht wurde. Als Nowicki wahrnahm, daß er verfolgt wurde, flüchtete er auf die andere Seite. Der Beamte ging hinter ihm, um sich zu überzeugen, ob es wirklich Nowicki war, um ihn dann zu verhaften. Der gefährliche Einbrecher wußte, was die Stunde geschlagen hatte, und zog den Revolver. Über der Kriminalbeamte kam ihm zuvor und schoß nach ihm. Die Kugel traf Nowicki

ins linke Ohr und durchschlug das Gehirn. Der Bandit brach blutüberströmt zusammen, in der Hand einen Revolver schweren Kalibers. Ein Wladyslaw Olejniczak, der sich in seiner Gesellschaft befand, entkam während des Vorfalls. Der schwer verletzte Einbrecher wurde vom Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht. Nowicki war vor einigen Wochen aus dem Kommissariat kurz nach seiner Verhaftung entflohen. Zusammen mit dem verhafteten Einbrecher Józef Miśorn hat er mehrere Einbrüche in die Firma "Raditon" in der ul. Polwiejska 26 und in das Galantereiengeschäft von Leon Blum, ul. Fr. Ratajczaka 36.

Nowicki ist inzwischen nachts um 1,15 Uhr gestorben, ohne die Beisetzung wiedererlangt zu haben.

3 Jahre Zuchthaus für Verbreitung falscher Banknoten

Posen, 9. Juni. Auf der Anklagebank der hiesigen Strafkammer erschien der bereits zweimal wegen Betruges vorbestrafte Franz Gwiadowski aus Lawica bei Posen.

Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, in den Jahren 1930/31 gefälschte Hundertzlotybanknoten in Umlauf gesetzt zu haben.

Der Angeklagte bestreitet die Tat. Er will die bei ihm vorgefundene 10 gefälschte Banknoten in der Wohnung des berühmten Falschmünzers Piejowocki, bei welchem er wohnte, gelegentlich gefunden haben. In der Annahme, daß es echte Banknoten waren, habe er sie weitergegeben. Einige Banknoten ließ er durch seine Tochter Ludwika beim Einkauf mit Erfolg einwechseln.

Der Angeklagte behauptet weiter, daß die Banknoten so gut nachgemacht waren, daß kein Mensch imstande gewesen wäre, sie von echten zu unterscheiden. Die Beweisaufnahme, zu welcher zehn Zeugen vorgeladen waren, erwies jedoch ganz entschieden, daß der Angeklagte wußte, daß er falsche Banknoten besaß, um so mehr, als er Piejowocki als Falschmünzer nur zu gut kannte.

Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Nowofolski, vertritt die Sache so hinzustellen, als ob der Angeklagte das hiesige gefälschte Banknoten dem Piejowocki gestohlen und in guten Glauben, daß es echte wären, verausgabt hat. Es sei nach Ansicht des Verteidigers nicht erwiesen, daß sich der Angeklagte der gefälschten Scheine bewußt gewesen sei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 3 Jahren Zuchthaus. Der Verteidiger legte gegen dieses Urteil Berufung ein.

Streik der Posener Dachdecker

A. T. Posen, 9. Juni. Wie uns von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, sind die Posener Dachdecker gestern in den Ausstand getreten. Grund dazu war die Herabsetzung des Stundenlohnes auf 1,20 durch die hiesigen Dachdeckermeister.

Wieder Ukrainer überfallen

Von einem neuen Überfall von Mitgliedern des Lagers des Großen Polens auf Ukrainer geht uns folgender Bericht zu, den wir mit Vorbehalt veröffentlichen:

Am 4. Juni veranstalteten die ukrainischen Studenten ein Tanzvergnügen im Saale des Schloßrestaurants. Gegen 11 Uhr abends erschien im Nebenraum eine Gruppe von polnischen Studenten, sogar in Korporationsmützen, und drang in den Tanzsaal ein, wo sie die Ukrainer durch Schimpfworte, die sich nicht wiederholen lassen, provozierten. Der entschiedene Widerstand der Ukrainer führte dazu, daß sie aus dem Saale gedrängt wurden. Diese Helden organisierten jedoch in der Nacht eine Gruppe von Studenten, etwa 15 Mann stark, die nun um 4 Uhr nachts in den Saal eindrangen und das Vergnügen zu sprengen suchten. Dabei benahmen sie sich den Damen gegenüber in einer Weise, die zumindest von der moralischen Entartung der Angreifer zeugt. Ihre Tapferkeit zeigte sich in dem Augenblick, als ein Schuhmann erschien. Die Anführer suchten Zuflucht hinter dem Büfett, von wo man sie heranziehen mußte. Bei der Aufnahme des Protokolls zeigte es sich, daß die Organisatoren des Über-

falls auf dem Posener Platz bekannt waren. Die ukrainischen Studentenorganisationen haben eine Beschwerde beim Rektorat eingereicht.

Lissa

k. Rentier Gustav Schönwetter †. Der allseitig beliebte Rentier Gustav Schönwetter erlag am gestrigen Montag einem Herzschlag. Der Verstorbene, der viele Ehrenämter innehatte, hat sich durch sein aufrechtes Wesen nicht nur in den Kreisen der deutschen Bürgerschaft, sondern auch in polnischen Kreisen viele Freunde geschaffen. Er erreichte ein Alter von 76½ Jahren. Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 11. d. Mts., nachmittags 4 Uhr von der hiesigen evangelischen Kreuzkirche aus statt.

k. Zwangsvorsteigerung. Am Mittwoch, dem 10. d. Mts., vormittags 10 Uhr werden in "Grody Leżczyńskie" (Wolfsruhm) folgende Gegenstände meistbietend gegen Barzahlung versteigert: 1 Klavier, 1 Flügel, 200 Stühle, 50 Gartentische, 1 Büfett, 1 Kredens, 1 Tisch und 6 Stühle.

k. Das hiesige staatliche Arbeitsvermittelungsamt hat folgende freie Stellen zu vergeben: 1 Chauffeur, 1 ledigen Korbmacher, 3 Dienstmädchen für Stadthaushalt, 20 Dienstmädchen für Landhaushalt, 23 Viehhüter (Kaninen bzw. Mäden von 14—16 Jahren), 1 Lehrling für ein Konfektionsgeschäft, 1 Werkmeister für eine Garnfabrik. — Arbeit suchen: 10 Schmiede, 30 Maschinenschlosser, 10 Baufleißer, 10 Chauffeure, 60 Maurer, 20 Zimmerleute, 3 Maler, 18 Möbelstößer, 3 Bautischler, 1 Seizer, 3 Kürschner, 3 Schuhmacher, 6 Schneiderinnen, 10 Schuhdegerhilfen, 8 Bäder, 2 Fleischer, 9 Wirtschaftsbeamte, 2 Brennereihilfen, 1 Gärtner, 2 Förster, 14 weibliche und 42 männliche Bürokräfte, 5 Expedientinnen, 33 Handlungshilfen, 1 Bautechniker, 4 Musizier, 2 Hauslehrerinnen und 3 Volkschullehrer.

k. Eine Mieterversammlung fand am vergangenen Sonntag im Saale des hiesigen Schützenhauses statt. Der Präses des Hauptvorstandes des Posener Mieterchuzvereins hielt ein ausführliches Referat über die aktuellsten Fragen der Wohnungswirtschaft. Anschließend entfaltete sich eine lebhafte Diskussion über die in Aussicht genommene Novellierung des Mieterchuzgesetzes.

Kawisch

□ Freitod. In der Nacht auf Sonntag hängte sich in seiner Wohnung in der Schützenstraße der Arbeiter St. Jachowitski. Er war früher "Benzinmann" in der Tankstation am Marktplatz, wurde aber im Januar d. Js. entlassen und geriet bald mit seiner Familie in bittere Not.

□ Ein Kriegsbild in Form eines Gasangriffes sollte am Sonntag mittag der Stadtbevölkerung gezeigt werden. Schon lange vor der festgesetzten Zeit umlagerte eine große Menge Neugieriger den Marktplatz und wartete gespannt der Dinge, die da kommen sollten. Polizei, Feuerwehr, Pfadfinder und andere Jugendorganisationen waren mit Gasmasten bewaffnet, auf den Dächern standen Maschinengewehre zur Abwehr des Gasangriffs in Bereitschaft. Um 12½ Uhr erklang Sirenengeheul, das den "Feind" ankündigte. Die Gasmasten wurden aufgezogen, die Spannung wuchs. Da zeigten sich auch die Flieger, umkreisten mehrmals die innere Stadt, begleitet von dem Getnatter der Maschinengewehre. Viele Rauchbomber, überall hin auf den Markt-

Bei stetem Stuhlgang und übersättigter Magenjäre leitet das sehr milde, natürliche "Franz-Josef"-Bitterwasser die im Magen und Darm angehämmelten Rückstände der Verdauung ab und verhüttet in vielen Fällen die Entstehung von Blinddarmentzündungen. In Ap. u. Dr. erh.

Anrudern des Rudervereins Germania

Die diesjährige Eröffnung der Rudersaison des Rudervereins "Germania" am Sonntag stand unter einem besonders günstigen Stern. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage war es dem Verein möglich gewesen, drei neue Boote — zwei Gigantier und einen Doppelzweier — anzuschaffen, die am Tage des Anruderns ihrer Bestimmung übergeben werden sollten. Zunächst begrüßte der Vorstand die geladenen Gäste, unter denen man einige prominente Persönlichkeiten erblickte. Er betonte u. a., daß vor allem Spenden und Stiftungen diese Vergrößerung des Bootbestandes ermöglicht hätten. An die Begrüßung schloß sich der Taufakt an, den verschiedene Herren vollzogen. In allen Taufsprüchen kam es zum Ausdruck, daß die neuen Boote: Undine, Seeteufel, Kurt Borowicz (letzteres eine Stiftung eines alten Vereinsmitgliedes), weitere Marsteine sein sollten, die Kameradschaft, Manneszucht und Selbstdisziplin unter den Mitgliedern zu fördern. Auf den Taufakt folgte das Anrudern von elf Booten, die zunächst in Kielcline die Warthe hinauf und dann in neuer Formation mit den getauften Booten in der Mitte Stromab ruderten. Die Mitglieder fanden sich darauf im Bootshaus zusammen, wo eine nachträgliche Verteilung der Preise stattfand, die der Verein beim Verbandswaldlauf in Bromberg errungen hatte. Frohe Geselligkeit hielt die geladenen Gäste bis in die späten Abendstunden zusammen.

platz gestellt, hüllten rasch das ganze Bild in dichten Nebel und improvisierten die zu gemäßigen Gasbomben. Am "Berunglüften" fehlte es auch nicht. An diesen hatten die Sanitäter ihre Fachkenntnisse zu zeigen. Eine Stunde dauerte diese Kriegsszene. Ein sichtbarer Erfolg war, daß ein Pferdegepank vor dem Lärm und Rauch heute, am Wilhelmsplatz einen Zaun niederriss und ein Pferd schwer verletzt liegen blieb. Frontsoldaten haben ein anderes Bild von der Wirklichkeit des Krieges in Erinnerung. □ Selbstmord aus Liebe statt aus Tod. Am nächsten Tage fanden Landleute das Mädchen beinahe stirnlos auf dem Felde. In das Kawitscher Krantenhaus überführt und zur Beisetzung gebracht, gab die Ungläubliche an, aus verzähmter Liebe Gift getrunken zu haben. Diese konnte ihr nicht mehr gebracht werden; der Tod erlöste sie von ihren Schmerzen.

Schildberg

□ Kind getötet und vergraben. In Kuźnica Stara gab die unverheirathete Franziska Rembačz ein Kind, das sie sofort nach der Geburt in ihrer Stube vergrub. Die Rembačz gibt ihre Tat zu und bezeichnete auch die Stelle, wo sie ihr Kind vergraben hat. Die Leiche wurde ausgegraben und zur Sektion in die Leichenhalle des Krankenhauses in Schildberg gebracht. Die Rembačz wurde ins Gerichtsgefängnis gebracht.

Ratwitz

□ Einen recht gelungenen Ausflug unternahmen gemeinschaftlich die Jungfrauen- und Junglingsvereine von Kuślin und Ratwitz unter Leitung der Herren Pfarrer Lassahn-Kuślin und Schulz-Ratwitz an den Hammersee.

Neutomischel

be. Bundesfest des Westpolnischen Radfahrerbundes. Am letzten Sonntag veranstaltete der Westpolnische Radfahrerbund unter Leitung seines Vorsitzenden, des Herrn Baumüsters Schmidtchen, sein diesjähriges Bundesfest. Nach der Begrüßung der einzelnen Vereine, die aus der Umgegend und auch von Posen herbeigekommen waren, wandte sich Herr Schmidtchen als Bundesvorsitzender an die Anwesenden und dankte für ihr zahlreiches Er scheinen. Anschließend folgten die saal sportlichen Vorführungen, bei denen Radfahrerverein "Wanderlust" vorzügliches leistete, jedoch vom Radfahrerverein Posen noch übertrffen wurde. In besonderer Weise zeichneten sich die Gebrüder Peterjan aus, die im Steiger- u. Steuerrohrjahren wohl kaum zu übertreffen sind. Zwei Radballspielen zwischen "Wanderlust" und Posen folgte man mit großem Interesse. Beide Spiele fielen zu Gunsten von Posen aus. Ein Feuerwerk und dann der Tanz setzten das wohlgelegene Fest fort.

und bis zum 10. Jahr

dürfen Sie für die zarte und empfindliche Haut Ihres Kindes nur die milde

NIVEA KINDERSEIFE

verwenden. Nivea-Kinderseife wird nach ärztlicher Vorschrift hergestellt; mit ihm seidenweicher Schaum dringt sie schonend in die Hautporen ein und macht sie frei für eine gesunde und kräftige Hautatmung. Nivea-Kinder sind ein Stolz der Mütter!

Preis Zt. 1.50

Lernt richtig luft- u. sonnenbaden

d. h. reiben Sie sich vor dem Sonnenbade kräftig mh

NIVEA-CREME NIVEA-ÖL (Hautfunktions- u. Massage-Öl)

ein. Beide enthalten das hautpflegende Eucerit. Beide vermindern die Gefahr schmerzhaften Sonnenbrandes, beide bräumen Ihre Haut, auch bei bedecktem Himmel. Nivea-Creme wirkt bei Hitze angenehm kühlend. Nivea-Öl schützt Sie bei unfreundlicher Witterung vom "Frösteln" und damit vor Erkältungen. Nie mit nassen Körpern einreiben! Und stets vorher einreiben!



Das neue Antialkoholgesetz

In der neusten Nummer des amtlichen Gesetzes (Dz. U. Nr. 51, Pos. 423) wird das neue Antialkoholgesetz veröffentlicht, das am 18. d. Mts. in Kraft tritt, und das das bisher geltende Antialkoholgesetz aus dem Jahre 1920 in vollem Umfang aufhebt. Das Gesetz aus dem Jahre 1920 enthielt außerordentlich stark prohibitive Bestimmungen, die durch das neue Gesetz wenigstens teilweise gemildert werden, wenngleich auch das neue Antialkoholgesetz stark prohibitive Charakter trägt. Anschließend bringen wir die Neuerungen und alle wichtigeren Bestimmungen des nunmehr geltenden Antialkoholgesetzes.

Zu den wesentlichsten Neuerungen des Gesetzes gehören die Bestimmungen, daß alkoholische Getränke bis 4,5 Prozent Alkoholgehalt (anstatt wie bisher 2,5 Prozent) nicht den Beschränkungen des Antialkoholgesetzes unterliegen und daß die

Zahl der Schankstellen ziemlich wesent-

lich erhöht worden ist; die Zahl der Schankkonzessionen ist für das ganze Land auf 20 000 festgesetzt worden; nach dem bisher geltenden Gesetz sollte eine Konzession auf 2500 Seelen entfallen, das neue Gesetz bedeutet demnach eine Erhöhung der Anzahl der Konzessionen, da jetzt eine Konzession auf etwa 1500 Seelen entfällt.

Eine wesentliche Neuerung stellt auch die Bestimmung dar, daß jetzt auch in den Bahnhofsräumungen der größeren Bahnhöfe (Kreuzungen von Bahnlinien und Endstationen) und in Speisewagen Alkoholgetränke ausgeschenkt werden dürfen.

Die Schankstellen der Bahnhöfe sind nicht in die Zahl der 20 000 Konzessionen einbezogen.

Beibehalten wird die Bestimmung, daß alkoholische Getränke mit einem Alkoholgehalt von über 45 Prozent sowie Getränke die aus ungereinigtem Spiritus hergestellt sind (Fusel) nicht verkauft werden dürfen.

Verboten ist weiterhin der Verkauf und Ausschank von alkoholischen Getränken innerhalb von Kasernengebäuden und Militärlagern. Auf Anordnung des Kriegsministers kann der Ausschank von alkoholischen Getränken in Gebieten, wo beispielsweise Manöver oder militärische Übungen stattfinden, oder auf Bahnhöfen während der Zeit militärischer Transporte verboten werden. Mit Genehmigung der Militärbehörden kann der Ausschank von alkoholischen Getränken in Militärläjtos gestattet werden. Verboten bleibt fernerhin der Ausschank von alkoholischen Getränken innerhalb von Fabrikgebäuden, in Räumen der Feuerwehren, in Lokalen und auf Plätzen, die für Sport- und gymnastische Übung bestimmt sind. Ausnahmen bestehen für die Zeit der Veranstaltung von Vergnügungen, Belustigungen usw. Verboten ist ferner der Ausschank von alkoholischen Getränken in Räumen und an Orten, in denen öffentliche Versteigerungen stattfinden während der Veranstaltung von Versteigerungen. Ferner wird das Alkoholverbot während der Zeit von Wahlen, Militäraushebungen sowie im Falle besonderer Verfügungen (Ausnahmezustand usw.) beibehalten.

Es wird ferner die Möglichkeit beibehalten, daß

einzelne Gemeinden oder Kreise im Wege einer Volksabstimmung innerhalb ihres Gebietes die vollkommene Prohibition beschließen.

Das Alkoholverbot besteht weiterhin an Sonnabenden von 2 Uhr nachmittags an und an Feiertagen in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags.

Schankkonzessionen dürfen nicht in einer Entfernung bis zu 100 m von den äußeren Grenzen von Gebäuden erteilt werden, in denen sich Kirchen, Klöster, Kirchhöfe und ähnliche Stätten der staatlich anerkannten Religionsverbände befinden, ferner in denen sich Schulen, wissenschaftliche Anstalten, Erziehungsheime, Gerichte, Gefängnisse, Bahnhöfe, Schiffsanlegerstellen, Kasernen und Unterkünften, die mehr als 50 Arbeiter beschäftigen, befinden. Diese Bestimmung betrifft nicht Bahnhofsräume.

Alkoholische Getränke, die weniger als 4,5 Prozent Alkohol enthalten, dürfen von ihrer Produktionsstätte nur in geschlossenen Gefäßen und mit einem Etikett versehen werden, das die Menge des Inhalts, Alkoholgehalt und Namen der Herstellerfirma enthält, verkauft werden.

Verboten bleibt weiterhin die Verabfolgung von alkoholischen Getränken irgendwelcher Art an Jugendliche bis zu 21 Jahren und an Schüler. Alkoholische Getränke dürfen auch nicht für Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte verkauft werden und auch nicht zur Deckung von Schulden sowie als Entschädigung für geleistete Arbeit geliefert werden.

Forderungen aus der Verabfolgung alkoholischer Getränke gegen Kredit sind nicht im Wege einer gerichtlichen Klage eintreibbar. Ausgenommen sind die Forderungen von Hotel- und Pensionatsbesitzern an ihre Gäste.

Den Konzessionsinhabern drohen für Übertretung der Vorschriften des Antialkoholgesetzes Geldstrafen bis zu 1000 Złoty und Arreststrafen bis zu 6 Wochen. Im Falle einer zweimaligen Bestrafung für Übertretungen des Gesetzes innerhalb eines Kalenderjahrs kann dem Konzessionsinhaber die Konzession für einen gewissen Zeitraum oder für immer entzogen werden.

Besonders hohe Geldstrafen sind vorgesehen für die Umgehung der Bestimmung, daß Trinkschulden nicht einklagbar sind. (Ausstellung von Wechseln oder Schulscheinen.)

Der Konzessionsinhaber kann auch für Übertretungen des Gesetzes durch sein Personal mit haftbar gemacht werden.

Geld- und Arreststrafen setzen sich gleichfalls Personen aus, die sich in betrunkenem Zustand auf öffentlichen Plätzen befinden; derselben Strafe unterliegen Personen, die andere in den Zustand der Betrunkenheit gebracht haben.

Strafbar ist der Aufenthalt in Schankstätten nach der Polizeistunde. In diesem Falle macht sich der Wirt strafbar, wenn er die Gäste nicht auffordert, sein Lokal zu verlassen; die Gäste machen sich strafbar, wenn sie der Aufforderung des Wirtes, das Lokal zu verlassen, nicht Folge leisten.

Strafen für Übertretung des Antialkoholgesetzes werden von der Landes-Verwaltungsbehörde I. Instanz verhängt.

mit der Zahlung von Rentenraten bzw. Hypotheken im Rückstande.

Unter Bezugnahme auf die Verordnung des Ministerrats vom 26. 11. 1930 (Dz. U. R. P. Nr. 87/30, Pos. 681) über die Gewährung von Erleichterungen bei der Zahlung rückständiger Renten bitte ich um Verteilung der bis zum 1. April 1930 zu zahlenden Rückstände in Raten auf ... Jahre. Meiner Antrag begründet ich folgendermaßen:

Infolge der geschilderten Umstände bitte ich um Zuverlässigung der Erleichterungen, von denen in der vorstehend bezeichneten Verordnung des Ministerrats die Rede ist.

Die Rentenrückstände, die die Staatliche Agrarbank am 1. April 1930 auf Grund ihrer Bücher festgestellt hat, erkenne ich als meine unbefristeten Schuld gegenüber dem Staat an und verpflichte mich, bei Berücksichtigung meines Antrages und Zuverlässigung der in der Verordnung des Ministerrats vom 26. 11. 1930 vorgegebenen Erleichterungen, die rückständigen Forderungen vom 1. April 1930 an mit 4 Prozent zu verzinsen. Ich verpflichte mich, die rückständigen Forderungen mit den Zinsen auf die von der Staatlichen Agrarbank bestimmte Weise in Raten und nach dem von der Staatlichen Agrarbank festgesetzten Bedingungen zu zahlen, und schließe daher die Verjährung der rückständigen Raten durch die Annahme einer neuen Zahlungsfrist aus.

Ich befürchte, daß die Erleichterungen in keiner Weise die Bestimmungen und die sich aus den Rentengutsverträgen und den Nachträgen ergebenden Zwangsmassnahmen verletzen, was auch

in gleicher Weise den Zahlungsbefehl (die Berechnung der aufgewerteten Rente) der Staatlichen Agrarbank betrifft. Weiter befürchte ich, daß der nichtgezahlte Teil der Rückstände sofort zahlbar wird, obgleich der neu festgelegte Zahlungstermin noch nicht eingetreten ist, wenn:

1. die bestimmten Termine, auch der bei der ersten Rate bestimmte Termin, nicht eingehalten werden;
2. die Ansiedlung teilweise oder vollständig verkauft wird;
3. die Zwangsversteigerung des Grundstücks angeordnet wird.

(Eigenhändige Unterschrift des Eigentümers der Ansiedlung.)

Die vorstehende Begründung und die Angaben beruhen auf Wahrheit.

..... den 1931.

(Stempel.) Wojt. (Unterschrift.)

Ich bestätige, daß der mir persönlich bekannte die Unterschrift in meiner Gegenwart vollzogen hat.

Diese Unterschrift beglaubige ich hiermit.

..... den 1931.

(Stempel.) Der Gemeindevorsteher. (Unterschrift.)

Kreisstaroste den 1931.

..... den 1931.

Gesehen

..... .

Ist vollständige Entziehung der Schankkonzession möglich?

Gerichtsentscheidung in Sachen des Verkaufs von Getränken bis zu 2,5 Prozent Alkoholgehalt

Einem Gastwirt in Mewe war die Vollkonzession mit dem 30. April 1931 nach vorangegangener

Lebensmonatiger Kündigung entzogen worden. Er hat den Verkauf von Getränken bis zu 2,5 Prozent Alkoholgehalt von vornehmlich weiter getätig, weil er im Besitz des „Swiadectwo Prezemysłowe“ (Gewerbeplements) für diesen Zweig seines Unternehmens war.

Nach längerer Zeit erschien ein Beamter der Finanzkontrolle und nahm ein Protokoll in dieser Angelegenheit auf, in welchem der Bevölkerung zum Ausdruck brachte, daß er sich weigerte, den Verkauf freiwillig einzustellen. Der Beamte verbot ihm den Weiterverkauf nicht. Etwa vier Wochen nach Aufnahme des Protokolls erging ein Verbot des Weiterverkaufs seitens der Staroste, welches der Bevölkerung sofort Folge leistete, aber auch sofort gegen dieses Verbot eine Beschwerde über die Staroste an die Wojewodschaft einreichte. Er berief sich in dieser Beschwerde auf § 359, Abs. 2 der Verordnung des Finanzministers vom 7. 2. 1928, betr. das Spiritusmonopol, welcher belegt, daß der Verkauf dieses Getränks auf Grund der Anmeldung beim Urzad Starbomu und nach Erteilung eines Alkisenpatentes durch dieses Amt stattfinden kann. Die Anmeldung hatte der Bevölkerung getätig und das Alkisenpatent erbeten; es war ihm ohne Grund verweigert worden. Etwa drei Wochen nach der Einreichung der Beschwerde an die Wojewodschaft, in welcher der Bevölkerung der Genehmigung des Verkaufs dieser Getränke die Klage auf Schadenrssatz angemeldet hatte, erhielt er von der Staroste die Nachricht, daß das Verbot zurückgezogen sei.

Inzwischen fand der Termin statt, in dem der Angeklagte von der ihm zur Last gelegten Übertretung freigesprochen wurde (Bürgergericht Mewe, 16. 4. 1931, sgn. akt. 11. Kg 125/31).

Das Monopolamt hat den Bevölkerung wegen des Verkaufs niedrigprozentiger Getränke ohne Alkisenpatent lediglich mit 10 Złoty in Strafe genommen.

Der Vorgang zeigt, daß die vollkommene Entziehung des Verkaufs niedrigprozentiger Getränke mit Rechtskraft nicht erfolgen kann, wenn

1. der Betroffene im Besitz des Gewerbeplements für den Schankbetrieb ist und
2. die Anmeldung der Absicht des Verkaufs dieser Getränke bei dem zuständigen Urzad Starbomu erfolgt ist;

3. bisher keine zweimalige gerichtliche Bestrafung wegen Übertretung der Schankbestimmungen erfolgt ist (als Vollkonzessionär);

4. nicht zweimal die Aufbewahrung oder der Verkauf von Getränken nachgewiesen ist, welche einer Konzession bedürfen (§ 392, Abs. 1 vorgen. Ges.);

5. nicht ein Antrag der Kreisbehörde der allgemeinen Verwaltung wegen zweimaliger Übertretung des Gesetzes vom 28. 4. 1929 vorliegt (betr. die einschränkenden Bestimmungen für den Verkauf an Sonn- und Feiertagen und den Tagen vor und nach solchen, sowie zu besonderen Anlässen getroffenen Anordnungen) oder ein Gutachten der Kreiskommission zur Bekämpfung des Alkoholismus, welches das Eingehen von Schankstätten für notwendig erachtet, nicht eingereicht worden ist (§ 392, Abs. 2 vorgen. Gesetzes).

Steuer-Rundschau

Befreiung von Fabrikgebäuden von der Lokalsteuer

Gemäß Art. 3 Ziffer 2 des Lokalsteuergesetzes (Dz. Ust. Nr. 94/1926 Pol. 550) unterliegen Fabrikgebäude, die für gewerbliche Zwecke bestimmt sind (mit Ausnahme von Wohngebäuden), nicht der Lokalsteuer". Aus diesem Wortlaut des Gesetzes und den Bestimmungen eines Rundschreibens des Finanzministeriums (vom 24. 5. 27 L. D. R. O. 1632/IV/27) geht hervor, daß für die

Frage, ob ein Gebäude, das gewerblichen Zwecken dient, der Lokalsteuer unterliegt oder nicht, die Bestimmung des Gebäudes als Ganzes maßgebend ist. Das angeführte Rundschreiben des Finanzministeriums bestimmt ferner, daß als Fabrikgebäude im Sinne des Lokalsteuergesetzes, die der Steuerpflicht nicht unterliegen, nicht nur die Gebäude gelten, in denen sich Maschinen für die Fabrikation befinden, sondern auch diejenigen Räume, in denen sich Kontore, Lager, Magazine usw. befinden, die zu dem betreffenden Fabrikationsbetriebe gehören.

Wer nimmt täglichen Anteil an der Verwaltung eines Unternehmens?

Die Verordnung über die staatliche Einkommensteuer verlangt, daß in den Bilanzgewinn von juristischen Personen die Entlohnungen jener Personen eingerechnet werden, die einen täglichen Anteil an der Verwaltung des Unternehmens nehmen und zugleich dem Vorstand, dem Verwaltungsrat und dergl. mehr angehören, die 15 Prozent vom Aktienkapital überschreiten. In der Praxis ist nun die Frage aufgetaucht, wen man als an der Verwaltung des Unternehmens tätigen Anteil Nehmenden anzusehen habe. Angelehnt an die Bestimmungen der großen Bedeutung, die diese Frage für das Wirtschaftsleben besitzt, hat nun der Zentralverband für Industrie, Bergbau, Handel und Finanzen lehrt ein Rundschreiben erlassen, in welchem unter Anführung der letzten Entscheidung des Obersten Gerichtshofes (28. Januar 1931) erklärt wird: Personen, welche tatsächlich alle Funktionen erfüllen, die auf ihnen aus dem Titel der Teilnahme an der Verwaltung, dem Verwaltungsrat, Diskontkomitee oder der Revisionskommission im Sinne der Bestimmung dieses Organs

und der Festsetzung ihres Aufgabenkreises lasten in der Verordnung über die Gesellschaften, im Statut der Gesellschaft und im Beschluss der Generalversammlung) sind als täglichen Anteil an der Verwaltung des Unternehmens nehmend anzusehen, und zwar in Übereinstimmung mit Art. 21 der Verordnung über die staatliche Einkommensteuer.

Bedeutung der Bilanz für die Vermögenssteuerveranlagung

Nach Art. 5 des Vermögenssteuergesetzes dient als Grundlage der Vermögenssteuerveranlagung jegliches bewegliches und unbewegliches Vermögen des Steuerpflichtigen, nach Abzug aller Schulden und Lasten, die dieses Vermögen vermindern; steuerpflichtig ist also nur das wirkliche Netto-Vermögen.

In diesem Sinne hat auch das Oberste Gericht in einem strittigen Falle entschieden und bestimmt, daß bei einem Unternehmen, das vorschriftsmäßige Handelsbücher führt, eine Position in den Aktiva der Bilanz in besonderen Fällen kein Vermögen darstellen kann; das Gericht erkannte, daß der Steuerzahler das Recht hat, nachzuweisen, daß die buchmäßige Inventur nicht mit der tatsächlichen Inventur übereinstimmt, und daß die Steuerbehörde verpflichtet ist, die Nachweis des Steuerzahlers zu berücksichtigen.

Ist der Arbeitsgeber verpflichtet, für die Einkommensteuer von Dienstgehältern besondere Lohn- und Gehaltslisten zu führen?

Auf Grund der Verordnungen des Staatspräsidenten über die Arbeitsverträge der geistigen und physischen Arbeiter sind die Arbeitgeber verpflichtet, für die Sozialgelehrte Lohnbücher und Gehaltslisten über die an die physischen und geistigen Arbeiter gezahlten Löhne und Gehälter zu führen. Da solche Lohnbücher und Gehaltslisten alle Angaben enthalten, die die Steuerbehörde gebraucht, um nachzuprüfen zu können, ob die Einkommensteuer von Dienstgehältern richtig berechnet und bezahlt worden ist, sind die Arbeitgeber nach einer Verfügung des Finanzministeriums nicht verpflichtet, besondere Lohn- und Gehaltsbücher für die Berechnung der Einkommensteuer von Dienstgehältern zu führen.

Gemäß Art. 112 des Einkommensteuergesetzes kann die Steuerbehörde vom Arbeitgeber innerhalb einer gewissen Frist die Vorlegung von Aussagen aus den Lohnlisten verlangen.

Die Stundung von Rentenbeiträgen

Mitteilung der Staatlichen Agrarbank Państwowej Bank Rolnej vom 6. 5. 1931 für die Rentenansiedler der Wojewodschaft Posen

Auf Grund der Verordnung des Ministerrats vom 26. 11. 1930 (Dz. U. Nr. 87 vom 11. 12. 1930) sowie auf Anweisung des Herrn Agrarreformministers ist die Staatliche Agrarbank als Verwalter und Liquidator der von den ehemaligen deutschen Finanz- und Ansiedlungsinstituten übernommenen Renten auf Gewährung von Erleichterungen der bis zum 1. 4. 1930 rückständigen Rentenbeträge und zur Verteilung derselben auf Zahlungstermine bis zu 15 Jahren bzw. auf Stundung der Abzahlung bis zu einem diesen Zeitpunkt nicht überschreitenden Termin berechtigt.

Von den auf Raten verteilten oder gestundeten Rentenrückständen wird die Bank 4 prozentige Jahreszinsen berechnen.

Die Staatliche Agrarbank hat in dem Bestreben, den Ansiedlern weitgehend entgegenzukommen und ihnen das Schreiben der Anträge und die damit verbundene Arbeit zu erleichtern, um die Erledigung zu beschleunigen, einen Musterantrag entworfen. Dieser Musterantrag wird gedruckt und in der nächsten Zeit den Wortschriften, von welchen die Gemeindevorsteher sodann eine entsprechende Anzahl von Bördrukken zwecks Verteilung an die Ansiedler der betreffenden Gemeinde erhalten können. Der Antrag muß lesbar und sorgfältig ausgefüllt werden und die eigenhändige, von dem zuständigen Gemeindevorsteher bestätigte Unterschrift des Ansiedlers tragen. Eigentümer mehrerer Ansiedlungsstellen müssen für jede Stelle einen besonderen Antrag stellen. Es wird darauf hingewiesen, daß in dem Antrage unbedingt die Nummer des Kontos der Ansiedlung, die auf den Ansiedlern zugesetzten Zahlungsbefehlen verzeichnet und gleichfalls aus jedem anderen Schreiben

Was kauft Polen gegenwärtig von Deutschland?

Die „Verbotslisten“ schaden Polens eigener Wirtschaft

Seit der Erlangung der staatsrechtlichen Souveränität war das Bestreben sämtlicher Regierungen darauf gerichtet, Polen zu industrialisieren und der ökonomischen Struktur der westeuropäischen Staaten anzupassen. Zur Beseitigung der Abhängigkeit der vorwiegend agrarwirtschaftlich eingestellten Gebietsteile von den industriellen Nachbarstaaten, in erster Linie Deutschland, hielt man es vor allem für notwendig, den politischen Wirtschaftskörper mit einem Schutzzollgürtel zu umgeben. Die erstrebte gänzliche wirtschaftliche Isolierung von den Nachbarstaaten konnte indes nicht durchgeführt werden, da man bald erkennen musste, dass die polnische Wirtschaft eine wesentliche Minderung erfahren hat. Jedoch ist die Senkung des Imports nicht, wie Rybicki irrtümlich annimmt, auf die Steigerung der industriellen Kapazität Polens zurückzuführen, sondern sie beruht fast ausschließlich auf dem Niedergang der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur. Nach den Angaben des „Bulletin Mensuel de Statistique“ (Nr. 2 vom Februar 1931) verminderte sich die gesamte Einfuhr nach Polen von 1926 bis 1930 um 27,8 Prozent, die Ausfuhr um 13,5 Prozent. Von Jahre 1929 bis zum Jahre 1930 ist der Anteil der Artikel der Listen II und III im Verhältnis zur Gesamteinfuhr von Deutschland nach Polen sogar von 6,4 Prozent auf 7 Prozent angewachsen.

Im Rahmen des Gesamtexports von Deutschland nach dem polnischen Zollgebiet, der in der Zeitspanne von 1924 bis 1930 von 877 Millionen Zloty auf 605 Mill. Zloty gesunken ist, betragen die entsprechenden Zahlen für die Artikel der Listen II und III 349,7 Millionen Zloty und 42,8 Millionen Zloty. Unter den Artikeln der Listen II und III steht an erster Stelle wertmässig die Einfuhr von Metallen und Metallprodukten. Das Einfuhrverbot dieser Gruppe bezieht sich hauptsächlich auf Halb- und Fertigfabrikate, dagegen unterliegt die Einfuhr von Handelseisen, Stahl und Blech keinerlei Reglementierungen. Die Einfuhr dieser verbotenen Artikel sank von 1924 bis 1930 von 219.315 dz auf 54.809 dz. Der Wert minderte sich im Zeitraum von 1929 bis 1930 von 18 Millionen Zloty auf 13 Millionen Zloty. Andererseits wuchs die Einfuhr gewisser anderer „verbetteter“ Metalle und Metallerzeugnisse mengenmäßig sogar ganz wesentlich an.

An zweiter Stelle in der Einfuhrskala der Artikel der Listen II und III steht der Import von bestimmten technischen Erzeugnissen. Während der Import dieser Produkte von 1924 bis 1930 eine Senkung von 23.346 dz auf 2.349 dz erfuhr, blieb die Einfuhr im Jahre 1930 im Verhältnis zu 1929 ziemlich stationär. Der Import sank von 2561 dz im Wert von 4,9 Millionen Zloty auf 2.349 dz, deren Wert sich auf 4,2 Millionen Zloty bezifferte.

Unter den „verbotenen Artikeln“, die aus Deutschland nach Polen gelangen, spielen ferner die chemi-

schnen Produkte eine sehr wesentliche Rolle. Von 1924 bis 1930 sank die Einfuhr von organischen chemischen Produkten, die dem Verbot unterliegen, von 9968 dz auf 1.297 dz. Jedoch stieg die Einfuhr von 1929 zu 1930 wieder von 869 dz auf 1.297 dz. Die Einfuhr anorganischer chemischer Produkte der Listen II und III erfuhr von 1924 bis 1930 eine Minderung von 5443 dz auf 808 dz. Von 1929 zu 1930 wuchs indes die Einfuhr von 391 auf 808 dz. Die Einfuhr von Produkten der weiterverarbeitenden chemischen Industrie weist von 1929 zu 1930 eine Aufholung von 7.806 dz auf 10.000 dz auf.

Der Import von Maschinen und Apparaten der Listen II und III, die sich u. a. auf Lokomotiven, Tendern, Nähmaschinen, Transmissionen, Röhren, Kessel, usw. erstreckt, sank im Zeitraum von 1924 bis 1930 von 67.994 dz auf 6.217 dz. Der wertmässige Import verminderte sich von 1929 zu 1930 von 4,8 Millionen Zloty auf 3 Millionen Zloty.

Diese Beispiele genügen. Eine ausführliche Analyse aller übrigen sog. verbotenen Artikel, deren Einfuhr in der Zeitspanne von 1924 bis 1930 zwar stark gesunken ist, vom Jahre 1929 bis zum Jahre 1930 indes ziemlich stationär blieb, würde zu weit führen. Es möge daher kurz zusammengefasst für 1929 und 1930 das Prozentualverhältnis zu 1924 wiedergegeben werden (1924 gleich 100 Prozent).

Verbogene Artikel	1929	1930
	in Prozent	
Lebensmittel	0,9	0,4
Tierische Produkte	10,9	10
Holzarikel	63,5	28,5
Keramische Artikel	40,1	39,5
Glasartikel	11,6	12,9
Asphalt, Petroleum	66	42
Gummwaren	12,4	9,4
Anorganische chem. Produkte	7,1	14,8
Organische chem. Produkte	8,7	13
Farben, Lacke	11,6	10,6
Verschiedene chem. Produkte	27,6	35,8
Metalle	31,4	24,9
Maschinen	17,2	9,1
Elektrotechnische Produkte	62,9	33,6
Uhrmachererzeugnisse	69,3	58,2
Musikinstrumente	74,2	63,7
Waffen, Munition usw.	24,6	23,2

Diese statistischen Angaben zeigen, dass die Deutschland gegenüber aufgerichtete wirtschaftliche Trennungsmauer immer morscher wird, und dass der natürliche, historisch und geographisch bedingte Warenaustausch zwischen den beiden Staaten sich trotz Reglementierungen aller Art durchsetzt. Im wirtschaftlichen Interesse beider Staaten liegt es also, dem natürlichen Gang der ökonomischen Entwicklung freien Lauf zu lassen und das handelspolitische Kriegsbeil zu begraben.

Wird es diesmal Ernst?

Umsatzsteuerermäßigung steht wieder zur Beratung

Wie wir im politischen Teil unserer heutigen Ausgabe melden, hat die Regierung sich endlich nach 1½-jähriger Pause entschlossen, den Plan der Herabsetzung der Gewerbesteuer erneut aufzunehmen. Auf der Besprechung, die kürzlich im Finanzministerium stattfand, ist die Reihenfolge festgelegt worden, in der auf der nächsten Sejmssession die einzelnen Reformvorschläge behandelt werden sollen. Zu befragen ist, dass man sich entschlossen hat, die Reform der Umsatzsteuer an die erste Stelle zu setzen. Es sollen folgen die Reform des Stempelgebührgesetzes, der Grundsteuer, der Kommunalzuschläge, schliesslich der Einkommensteuer; als letzter Punkt ist — befreimässigerweise — die einheitliche Steuerordnung in Aussicht genommen worden. Gesondert soll daneben noch die Änderung der Immobilien- und Lokalsteuer behandelt werden, und zwar im Zusammenhang mit dem Problem der Ankurbelung des Wohnungsbaus. In den nächsten Tagen werden Beratungen innerhalb des Regierungsblocus über die Reform der Umsatzsteuer stattfinden, die zwar formal einen internen Charakter haben, aber für die Stellungnahme des Sejms ausschlaggebend sein dürfen.

Mit aufrichtiger Freude begrüßt die unter der Last der Steuern zusammenbrechende Wirtschaft diese Nachricht; doch sind wir bereits durch allzu häufige trübe Erfahrungen belehrt, gewohnt, derartige Nachrichten mit einiger Skepsis aufzunehmen. Es erscheint überflüssig, noch einmal darauf hinzuweisen, wie notwendig und dringend die Herabsetzung der Umsatzsteuer ist.

Mit aufrichtiger Freude begrüßt die unter der Last der Steuern zusammenbrechende Wirtschaft diese Nachricht; doch sind wir bereits durch allzu häufige trübe Erfahrungen belehrt, gewohnt, derartige Nachrichten mit einiger Skepsis aufzunehmen. Es erscheint überflüssig, noch einmal darauf hinzuweisen, wie notwendig und dringend die Herabsetzung der Umsatzsteuer ist.

Holland notierte unverändert, war aber vielfach unter Notiz abgeber, beunruhigt durch die russische Konkurrenz, die wiederum zu erheblich niedrigeren Preisen in Holland selbst Kartoffelmehl anbot und absetzte.

Inland: Der Inlandsmarkt zeigte ein vom Grund aus anderes Bild als in den Wintermonaten. Angezeigt durch die starke Preissteigerung für Kartoffeln setzte eine überaus lebhafte Nachfrage ein, da entsprechendes Angebot nicht gegenüberstand, so dass die Preise scharf angingen. Es notierten „Superior Hochfein“ 1 zl 40,75 bis 41,25, „Superior“ 40,25 bis 40,75 ab Fabrik, „Prima“ kein Angebot. Tendenzfest, da Bestände infolge Ausfallen jeglicher Möglichkeit einer Frühjahrskampagne nicht sehr reichlich.

Stärkesirup: Auch hier ist eine geringe Marktbeliebung zu verzeichnen. Die Preise zogen um 1 zl 3 je 100 kg an, stehen aber zur Zeit in keinem Verhältnis mit den gestiegenen Mehlprielen. Mit Absatz der alten Bestände der Glukose-Fabriken dürfte daher auf Grund teurer erworbener Rohmaterials mit weiteren Erhöhungen zu rechnen sein.

Kartoffelflocken: Die Läger sind überall geräumt. Auf Basis der heutigen Kartoffelpreise ist eine Neuproduktion und deren Absatz unmöglich.

Häute und Felle

Die Lage am polnischen Häutemarkt hat sich gegenüber der Vorwoche wenig geändert. Die Verhältnisse sind nicht besser geworden. Die Preise sind weiter rückläufig, und zwar betragen die Preiseinbussen für Grossviehhäute 0,25—0,50 zl, für Kalbfelle 0,50 bis 1 zl und für Rosshäute von 1 bis 2 zl. Felle und Häute stehen dem Handel in ausreichender Menge zur Verfügung. Die Nachfrage seitens der inländischen Verbraucher ist aber klein, weil von den soliden Gherbern angesichts der unsicheren Lage schon lange nur in mässigem Umfang Ware hereingenommen wird.

Die Lage im Exportgeschäft, insbesondere in Kleinwestpolen, war während der letzten Wochen unverändert schlecht. Preislich war sie fast unverändert: für Grossviehhäute verlangen die Exporteure immer noch 19 und 20 amer. Cents je Kilo, aber es wurde nichts umgesetzt. Dieser Stillstand und das geringe Interesse wird darauf zurückgeführt, dass drei grosse deutsche Abnehmer, die bis vor kurzem noch gute

Produkte eine sehr wesentliche Rolle. Von 1924 bis 1930 sank die Einfuhr von organischen chemischen Produkten, die dem Verbot unterliegen, von 9968 dz auf 1.297 dz. Jedoch stieg die Einfuhr von 1929 zu 1930 wieder von 869 dz auf 1.297 dz. Die Einfuhr anorganischer chemischer Produkte der Listen II und III erfuhr von 1924 bis 1930 eine Minderung von 5443 dz auf 808 dz. Von 1929 zu 1930 wuchs indes die Einfuhr von 391 auf 808 dz. Die Einfuhr von Produkten der weiterverarbeitenden chemischen Industrie weist von 1929 zu 1930 eine Aufholung von 7.806 dz auf 10.000 dz auf.

Der Import von Maschinen und Apparaten der Listen II und III, die sich u. a. auf Lokomotiven, Tendern, Nähmaschinen, Transmissionen, Röhren, Kessel, usw. erstreckt, sank im Zeitraum von 1924 bis 1930 von 67.994 dz auf 6.217 dz. Der wertmässige Import verminderte sich von 1929 zu 1930 von 4,8 Millionen Zloty auf 3 Millionen Zloty.

Diese Beispiele genügen. Eine ausführliche Analyse aller übrigen sog. verbotenen Artikel, deren Einfuhr in der Zeitspanne von 1924 bis 1930 zwar stark gesunken ist, vom Jahre 1929 bis zum Jahre 1930 indes ziemlich stationär blieb, würde zu weit führen. Es möge daher kurz zusammengefasst für 1929 und 1930 das Prozentualverhältnis zu 1924 wiedergegeben werden (1924 gleich 100 Prozent).

Die „verbetteten“ Produkte einer sehr wesentliche Rolle. Von 1924 bis 1930 sank die Einfuhr von organischen chemischen Produkten, die dem Verbot unterliegen, von 9968 dz auf 1.297 dz. Jedoch stieg die Einfuhr von 1929 zu 1930 wieder von 869 dz auf 1.297 dz. Die Einfuhr anorganischer chemischer Produkte der Listen II und III erfuhr von 1924 bis 1930 eine Minderung von 5443 dz auf 808 dz. Von 1929 zu 1930 wuchs indes die Einfuhr von 391 auf 808 dz. Die Einfuhr von Produkten der weiterverarbeitenden chemischen Industrie weist von 1929 zu 1930 eine Aufholung von 7.806 dz auf 10.000 dz auf.

Der Import von Maschinen und Apparaten der Listen II und III, die sich u. a. auf Lokomotiven, Tendern, Nähmaschinen, Transmissionen, Röhren, Kessel, usw. erstreckt, sank im Zeitraum von 1924 bis 1930 von 67.994 dz auf 6.217 dz. Der wertmässige Import verminderte sich von 1929 zu 1930 von 4,8 Millionen Zloty auf 3 Millionen Zloty.

Diese Beispiele genügen. Eine ausführliche Analyse aller übrigen sog. verbotenen Artikel, deren Einfuhr in der Zeitspanne von 1924 bis 1930 zwar stark gesunken ist, vom Jahre 1929 bis zum Jahre 1930 indes ziemlich stationär blieb, würde zu weit führen. Es möge daher kurz zusammengefasst für 1929 und 1930 das Prozentualverhältnis zu 1924 wiedergegeben werden (1924 gleich 100 Prozent).

Die „verbetteten“ Produkte einer sehr wesentliche Rolle. Von 1924 bis 1930 sank die Einfuhr von organischen chemischen Produkten, die dem Verbot unterliegen, von 9968 dz auf 1.297 dz. Jedoch stieg die Einfuhr von 1929 zu 1930 wieder von 869 dz auf 1.297 dz. Die Einfuhr anorganischer chemischer Produkte der Listen II und III erfuhr von 1924 bis 1930 eine Minderung von 5443 dz auf 808 dz. Von 1929 zu 1930 wuchs indes die Einfuhr von 391 auf 808 dz. Die Einfuhr von Produkten der weiterverarbeitenden chemischen Industrie weist von 1929 zu 1930 eine Aufholung von 7.806 dz auf 10.000 dz auf.

Der Import von Maschinen und Apparaten der Listen II und III, die sich u. a. auf Lokomotiven, Tendern, Nähmaschinen, Transmissionen, Röhren, Kessel, usw. erstreckt, sank im Zeitraum von 1924 bis 1930 von 67.994 dz auf 6.217 dz. Der wertmässige Import verminderte sich von 1929 zu 1930 von 4,8 Millionen Zloty auf 3 Millionen Zloty.

Diese Beispiele genügen. Eine ausführliche Analyse aller übrigen sog. verbotenen Artikel, deren Einfuhr in der Zeitspanne von 1924 bis 1930 zwar stark gesunken ist, vom Jahre 1929 bis zum Jahre 1930 indes ziemlich stationär blieb, würde zu weit führen. Es möge daher kurz zusammengefasst für 1929 und 1930 das Prozentualverhältnis zu 1924 wiedergegeben werden (1924 gleich 100 Prozent).

Die „verbetteten“ Produkte einer sehr wesentliche Rolle. Von 1924 bis 1930 sank die Einfuhr von organischen chemischen Produkten, die dem Verbot unterliegen, von 9968 dz auf 1.297 dz. Jedoch stieg die Einfuhr von 1929 zu 1930 wieder von 869 dz auf 1.297 dz. Die Einfuhr anorganischer chemischer Produkte der Listen II und III erfuhr von 1924 bis 1930 eine Minderung von 5443 dz auf 808 dz. Von 1929 zu 1930 wuchs indes die Einfuhr von 391 auf 808 dz. Die Einfuhr von Produkten der weiterverarbeitenden chemischen Industrie weist von 1929 zu 1930 eine Aufholung von 7.806 dz auf 10.000 dz auf.

Der Import von Maschinen und Apparaten der Listen II und III, die sich u. a. auf Lokomotiven, Tendern, Nähmaschinen, Transmissionen, Röhren, Kessel, usw. erstreckt, sank im Zeitraum von 1924 bis 1930 von 67.994 dz auf 6.217 dz. Der wertmässige Import verminderte sich von 1929 zu 1930 von 4,8 Millionen Zloty auf 3 Millionen Zloty.

Diese Beispiele genügen. Eine ausführliche Analyse aller übrigen sog. verbotenen Artikel, deren Einfuhr in der Zeitspanne von 1924 bis 1930 zwar stark gesunken ist, vom Jahre 1929 bis zum Jahre 1930 indes ziemlich stationär blieb, würde zu weit führen. Es möge daher kurz zusammengefasst für 1929 und 1930 das Prozentualverhältnis zu 1924 wiedergegeben werden (1924 gleich 100 Prozent).

Die „verbetteten“ Produkte einer sehr wesentliche Rolle. Von 1924 bis 1930 sank die Einfuhr von organischen chemischen Produkten, die dem Verbot unterliegen, von 9968 dz auf 1.297 dz. Jedoch stieg die Einfuhr von 1929 zu 1930 wieder von 869 dz auf 1.297 dz. Die Einfuhr anorganischer chemischer Produkte der Listen II und III erfuhr von 1924 bis 1930 eine Minderung von 5443 dz auf 808 dz. Von 1929 zu 1930 wuchs indes die Einfuhr von 391 auf 808 dz. Die Einfuhr von Produkten der weiterverarbeitenden chemischen Industrie weist von 1929 zu 1930 eine Aufholung von 7.806 dz auf 10.000 dz auf.

Der Import von Maschinen und Apparaten der Listen II und III, die sich u. a. auf Lokomotiven, Tendern, Nähmaschinen, Transmissionen, Röhren, Kessel, usw. erstreckt, sank im Zeitraum von 1924 bis 1930 von 67.994 dz auf 6.217 dz. Der wertmässige Import verminderte sich von 1929 zu 1930 von 4,8 Millionen Zloty auf 3 Millionen Zloty.

Diese Beispiele genügen. Eine ausführliche Analyse aller übrigen sog. verbotenen Artikel, deren Einfuhr in der Zeitspanne von 1924 bis 1930 zwar stark gesunken ist, vom Jahre 1929 bis zum Jahre 1930 indes ziemlich stationär blieb, würde zu weit führen. Es möge daher kurz zusammengefasst für 1929 und 1930 das Prozentualverhältnis zu 1924 wiedergegeben werden (1924 gleich 100 Prozent).

Die „verbetteten“ Produkte einer sehr wesentliche Rolle. Von 1924 bis 1930 sank die Einfuhr von organischen chemischen Produkten, die dem Verbot unterliegen, von 9968 dz auf 1.297 dz. Jedoch stieg die Einfuhr von 1929 zu 1930 wieder von 869 dz auf 1.297 dz. Die Einfuhr anorganischer chemischer Produkte der Listen II und III erfuhr von 1924 bis 1930 eine Minderung von 5443 dz auf 808 dz. Von 1929 zu 1930 wuchs indes die Einfuhr von 391 auf 808 dz. Die Einfuhr von Produkten der weiterverarbeitenden chemischen Industrie weist von 1929 zu 1930 eine Aufholung von 7.806 dz auf 10.000 dz auf.

Der Import von Maschinen und Apparaten der Listen II und III, die sich u. a. auf Lokomotiven, Tendern, Nähmaschinen, Transmissionen, Röhren, Kessel, usw. erstreckt, sank im Zeitraum von 1924 bis 1930 von

Handelszeitung des Posener Tageblatts

Märkte

Getreidepreise im In- und Auslande.
Durchschnittliche Wochenpreise der vier Hauptgetreidesorten in der Zeit vom 25. bis 31. Mai 1931, nach Berechnung des Getreide-Warenbüros in Warschau. Die Preise verstehen sich für 100 kg in Zloty

Inlandsmärkte.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Warschau	35.50	29.92	—	32.71
Posen	33.45	28.63	—	30.50
Krakau	34.25	30.50	—	34.50
Lemberg	31.75	29.625	—	32.58
Lublin	34.25	28.75	—	30.83
Auslandsmärkte.				
Berlin	57.88	42.74	—	40.70
Hamburg	25.09	16.85	18.65	14.98
Prag	41.84	38.81	39.20	39.60
Brünn	40.60	40.26	—	40.39
Wien	28.82½	29.925	37.50	31.56
Danzig	35.81	29.93	—	32.44
Liverpool	24.05	—	—	22.02
Chicago	27.15	13.08	19.58	17.62
Buenos Aires	20.91	—	—	15.34

Getreide. Posen, 9. Juni. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty fr. Station Poznań

Transaktionspreise:
Roggen 75 to 29.00

Richtpreise:

	Weizen	Roggen	Gehirn	Hafer
Wieso	32.25—32.75	—	—	—
Mahlergerste	—	27.00—28.00	—	—
Futterhafer	—	30.00—31.00	—	—
Roggemehl (65%)	—	42.50—43.50	—	—
Weizenmehl (65%)	—	51.50—54.50	—	—
Weizenkleie	—	18.25—19.25	—	—
Weizenkleie (dick)	—	19.75—20.75	—	—
Roggemehl	—	20.50—21.50	—	—

Gesamtendenz: ruhig.

Getreide. Warschau, 8. Juni. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau. Die Kurse sind auf Grund der Marktpreise für 100 kg in Zloty, im Grosshandel, Parität Waggon Warschau, festgesetzt. Roggen 29.50—30., Weizen 34.50—35.50, Einheitshafer 32—33, Sammelhafer 30—31, Grützgerste 28—28.50, Weizenluxmehl 62—72, Weizenmehl 4/0 57—62, Roggemehl nach Vorschrift 45—47, mittlere Weizenkleie 19—20, Roggenkleie 19.50—20, Leinkuchen 31 bis 32, Rapskuchen 26—27, Feld-Speiseerbsen 32—35, Viktoriacerben 40—45, Blaulupinen 22—23, gelbe Saatlupinen 30—32. Mittlere Umsätze bei ruhigem Marktverlauf.

Vieh und Fleisch. Warschau, 8. Juni. Schweinefleisch Lebengewicht nach der Versicherungskasse für 1 kg 1.20—1.45 zt. Aufgetrieben wurden 1493 Stck. Rest des Vormarktes 1 Stück. Tendenz: fest.

Eier. Berlin, 8. Juni. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelt, Sonderklasse über 65 gr 3/4, Klasse A 60 gr 3/4, Klasse B 53 gr 7, Klasse C 48 gr 5; frische Eier Klasse B 7; aussortierte kl. Schmutzeier 5. Auslandseier: Dänen 18er 9 1/2, 17er 8 1/2, Estländer 15 1/2—16er 7—7 1/2, Holländer 60—62 gr 8 1/4 bis 8 1/2, 57—58 gr 7 1/2—8, Belgier 60—62 gr 8 1/4—8 1/2, Posener Memelländer, Litauer grosse 6%, normale 5 1/2—5%; Russen grosse 6 1/2—6 1/2, normale 5 1/2—5%; Polen abweichend 5—5 1/2, kleine mittel Schmutzeier 5 1/2—5 Pig. Witterung: trüb, Tendenz: freundlich.

Zucker. Magdeburg, 8. Juni. Notierungen in Rm. für 50 kg Weisszucker netto, einschliesslich Sack: März 7.90 Brief, Juni 6.85 bzw. 7.75; Juli 7.— bzw. 6.90; August 7.10 bzw. 7.05; September 7.20 bzw. 7.10; Oktober 7.30 bzw. 7.25; November 7.45 bzw. 7.40; Dezember 7.55 bzw. 7.50. Tendenz: ruhig.

Inowroclaw

Z. Bekanntmachung. Der Starost des Kreises I nowroclaw gibt bekannt, daß auf der Besitzung des Landwirts Florjan Desliewicz in Murzynno die Maul- und Klauenfiecke unter dem Befehl ausgebrochen ist. Über die ganze Gemeinde Murzynno ist die Sperrre verhängt.

Z. Unaufgelöster Tod. Am Sonnabend, dem 6. d. Mts., nachmittags, wurde in Thorn die Leiche eines Mannes aus der Weichsel gezeigt. Es stellte sich bei der Untersuchung heraus, daß es sich um den Sekretär der I nowroclamer Kranfenfasse, Tadeusz Marcinia, handelt. Marcinia wurde bereits seit einer Woche vermisst. Da er gerade in letzter Zeit an großer Nervosität litt, nimmt man Selbstmord an; es kann ihm aber auch ein Unfall zugestanden sein.

Z. Zwangsvorsteigerung. Am Donnerstag, dem 11. d. Mts., werden wieder folgende Sachen auf dem Wege der Zwangsversteigerung veräußert: Um 10 Uhr in Walawapowska bei Herrn Madajewski 1 Nähmaschine, 1 Mutterkar, 8 Ferkel und 1 mittleres Schwein; um 10 1/2 Uhr ebendort, bei Herrn Wojsziewski 1 Mutterkar und 2 Ferkel und um 12 Uhr in Papros bei Herrn Siutak 1 Jagdwagen, 1 gedeckter Wagen und 12 Färsen.

Czarnikau

ekb. Kinderausflug mit Hafgesänzen. Am vergangenen Sonnabend unternahmen die Schulen des 2. Bezirks gelegentlich der Woche des Kindes eine gemeinsame Dampfersfahrt auf der Neße von Czarnikau nach Usl. Mit Musik verließ der Dampfer Czarnikau. Unterwegs wurden noch einige Schulen aufgenommen, so daß die Schülerzahl auf 370 stieg. Nach fünftündigem Fahrt war Usl erreicht. Mit Musik gings durch Usl zur Brauerei Majur, wo sich die Kinder stärkten, um nachher die katholische Kirche und den prachtvollen Kalvarienberg zu besichtigen. Den Abschluß bildete ein Marsch zur deutsch-polnischen Grenze, wo eine kleine Ansprache gehalten und die berühmte "Rota" ganz gesungen wurde. Es ist bedauerlich, daß schon den unmündigen Kindern der Hass gegen Deutschland so künstlich und gewaltsam aufgezwungen wird.

Wongrowiz

Ein Brand ächzte in Budziejewo den Schweißbad der Besitzerin Hedwig Swiniarska ein. Der Schaden beträgt 12 000 Zloty. Der Brand entstand durch die Schadhafteigkeit eines Schornsteins.

Gniezno

Δ Woche des Kindes. Neben der Woche des Kindes stand der bedeutungsvolle Satz: "Das Kind ist die Zukunft des Volkes!" An den ersten drei Tagen der Woche fanden Kinder- und Märschabende statt, zu deren Gelingen die Kleinen selber mit beitragen durften. Der große Saal des "Europäischen Hotels" vermochte die große Zahl kaum zu fassen. Am zweiten Abend hatten die Mädchens den Vorzug. Der dritte Abend gehörte den Jungen. Der letzte Tag der Woche war zum Ausflugstaat aussersehen worden. Etwa 1000

Handelszeitung des Posener Tageblatts

(Schlusskurse) Posener Börse Fest verzinsliche Werte

	Notierungen in %	8 6	6 6
8% statische Goldanleihe (100 G.-zt.)	—	—	—
5% Konvertierungsanleihe (100 G.-zt.)	47.50G	47.50G	—
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Fr.)	—	—	—
6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—	—
8% Pfandbrief der staatl. Agrarbank (100 G.-zt.)	—	—	—
7% Wohn-Oblig. d. St. Posen (100 Schw.-Fr.) v. J. 1929	92.00G	92.00G	—
8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-zt.) v. J. 1926	91.50G	91.75B	—
4% Konvertierungsbrief d. P. Lsdch. (100 zt.)	—	—	—
8% Amortisations-Dollarpfandbriefe	—	—	—

Notierungen je Stück:

6% Rogg.-Br. der Pos. Lsdch. (1 D.-Zentner)

3% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)

4% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)

3 1/2% Prämien-Investitions-Anleihe (100 G.-zt.)

8% Prämien-Investitionsanleihe (100 G.-zt.)

8% Hypothekenbriefe

Tendenz: ruhig.

Warschauer Börse

Warschau, 8. Juni. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.9325, Goldrubel 4.735, Tscherwonetz 0.32 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgien 124.16, Belgrad 15.76, Berlin 211.55, Budapest 155.55, Bukarest 5.31, Danzig 173.32, Helsingfors 22.43, Spanien 85.60, Kairo 44.72, Kopenhagen 238.73, Oslo 238.73, Riga 171.70, Sofia 6.47, Stockholm 238.90, Tallinn 237.50, Montreal 8.905.

lest verzinsliche Werte

	8. 6.	6. 6.
5% Staatl. Konvert. Anleihe (100 zt.)	47.75	47.85
6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	70.90	69.50
10% Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (100 zt.)	104.00	—
5% Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr.)	45.00	—
4% Prämien-Investitions-Anleihe (100 G.-zt.)	83.00	84.00
7% Stabilisierungs-Anleihe	—	—

Industrieaktien

	8. 6.	6. 6.
Bank Polski	122.00	122.50
Bank Dystk.	—	Nafta
Bk. Handl. i. W.	—	100.00
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—
Grodzisk	—	—
Puls	—	Modrzejów
Spies	—	Norblin
Elekt. Dab.	—	Ostrowieckie
Elektryczność	—	Parowoz
T. P. Elekt.	8.00	8.25
Starachowice	—	Rohn
Kabel	—	Rudzki
Sil. i Swiatlo	—	Staporków
Chodorus	—	Ursus
Czorsz	—	Zieloniewski
Czestocice	—	Zawiercie
Gasolawice	—	Borkowski
Michałów	—	Br. Jabłkow
Ostrówite	—	Syndkat
W. T. F. Cukru	22.00	Herbata
Firley	—	Spirytus
Lazy	—	Zeglins
Wysoka	—	Majewski
Sole Potasowa	—	Kijewski
Drzewo	—	Mirków

Tendenz: behauptet.

Amtliche Devisenkurse

	8. 6. Geld	8. 6. Brief	6. 6. Geld	6. 6. Brief

<tbl_r cells="5" ix="4" maxcspan="1

Posener Tageblatt

Statt Karten.

Die Verlobung meiner Tochter

Ulla

mit dem Mathematiker und
Doktor Dr. rer. pol.

Franz Gehler
gebe ich hiermit bekannt.

Ulla Weidemann
geb. Mutschler.

Poznań, den 10. Juni 1931.

Meine Verlobung mit Fräulein
Ulla Weidemann
Tochter des verstorbenen
Ziegeleibesitzers Julius
Weidemann und seiner
Frau Gemahlin Ulla, geb.
Mutschler, zeige ich hier-
durch ergebenst an.

Dr. rer. pol.
Franz Gehler

Lima (Peru), d. 10. Juni 1931

Die Geburt eines Sohnes zeigen an

Johanna Gräff, geb. Weidemann
Prof. Dr. Walter Gräff.

München, den 10. Juni 1931.

Heute wurde uns ein kräftiger
Sonntagsjunge geboren.

Gertrud Wendorff, geb. Blau
Herbert Wendorff

Zechau, Kr. Gnesen, den 7. Juni 1931.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teil-
nahme und Kranspenden bei der Beerdigung
meines lieben Vaters sage ich allen,
insbesondere Herrn Pastor Hein für die
tröstenden Worte, meinen

innigsten Dank.
Olga Süssengut.

Poznań, den 9. Juni 1931.

Butter billiger!
Feinstes Tafelbutter $\frac{1}{2}$ kg **zl. 240**
Fa. M. Miczyńska Jnh. Carl Bielowski
Gegr. 1872 Plac Sw. Krzysztofa 3. Tel. 3658.
Spezialgesch. für Butter, Käse, Eier.

Gesucht für Warschau

Ausländer als Mitarbeiter bei bestehender Vertretung.
Erfahrung im polnischen Kreditwesen und Kenntnis der
Landessprache erforderlich. Herren aus der Automobil-
oder Pneumatikbranche bevorzugt. Aufschl. Angeb. an
LEBUR 44 Hotel Stanescu, Bucarest (Rumänien).

Deutsche Zeitschriften

Die Woche
Deutschlands populärste Wochenschrift

Die Gartenlaube
Älteste deutsche Familienzeitschrift

Sport im Bild
Gesellschaft, Theater, Mode, Kunst

Scherls Magazin
Die bunte Monatszeitschrift

Denken und Raten
Die Wochenzschrift für Rätselfreunde

Filmwelt
Das deutsche Film-Magazin

Europa-Stunde
Das einzige Stunden-Programm aller
Europa-Sender

Allgemeiner Wegweiser
Größte deutsche Familien-Wochenschrift

Praktischer Wegweiser
Wochenschrift für Landwirtschaft und
Gartbau

Kostenlose Probe-Nummern von der Ausland-
Abteilung des Verlages Scherl. — Abonnements-
Bestellungen in allen Buchhandlungen oder beim

Verlag Scherl, Berlin SW 68

Auslieferung für Polen durch die

KOSMOS Sp. z o. o.
Gross-Sortiment. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Brillen, Kneifer, Lorgnetten

in großer Auswahl, genau optisch der Gesichtsform angepaßt empfohlen

Carl Wolkowitz

27 Grudnia 9 **Diplom-Optiker** 27 Grudnia 9

Absolvent der Hochschule für Optik in Jena

Augenuntersuchungen mittels eines auf streng

wissenschaftlicher Grundlage konstruierten Apparates



kostenlos.

Das Rittergut Preichau

Kreis Steinau, Bez. Breslau, soll im ganzen oder in
2 Güter geteilt, verkauft werden. Preichau hat
durchweg Rübenboden, gute Gebäude und Inventar,
die Gesamtgröße des Gutes ist 1300 Morgen.

Anfragen sind zu richten an

Karl Weigt, Zwangsverwalter, Steinau a. Oder.

Sommerfrische

1 Zimmer und Küche, sehr
schön an Wald u. See gelegen,
soh. sehr billig zu vermiet.

Ans. u. 1346 a. d. Gesch. d. Btg. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Bücherrevisor, Steuer- und Finanzierungsspezialist
übernimmt billig deutfch-polnisch: Buchrevisonen, Bala-
gen, Steuer-Declarationen und Reklamationen, Ge-
schäfts-Führungen u. Sanierungen usw. Öff. erbeten
u. 1287 a. d. Gesch. d. St., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Teilhaber

mit größerer Kapitalteilnahme
für eine in Polen und
Pommern gut eingeführte

Johannes Quedenfeld
Inh. A. Quedenfeld
POZNAN-WILDA
ul. Traugutta 21
Werkplatz: Krzyżowa 17
(Haltestelle der Straßen-
bahn Linie 4, 7 u. 8)

Grabdenkmäler
Grabeinfassungen
in allen Steinarten

Elegante und preiswerte
Damenhüte

Margarete Schulz
Goznań, zw. Marcin 41, I
(Kein Laden)

F. Peschke, Poznań

Gegr. 1886

sw. Marcin 21

Fernruf 3156

empfiehlt

sämtliche Frühjahrsartikel:

Spaten, Grabgabeln, Harken, Baumsägen, Garten- u. Heckenscheren, Gartenmesser, Garten- u. Blumenspritzen, Gießkanne, Rasenmäher, Glaser-Diamanten, Abziehsteine ferner:

Wäschemangeln — Wringmaschinen — Waschwannen mess. Portieren-Stangen, Zug- u. Scheibengard.-Stangen Stoffklammern, X-Haken, Hut- u. Mantelhaken, Kleiderleisten - Sicherheitskorridorschlösser - Hangschlösser

Orig. Weck- u. Schillergläser, Fruchtkessel, Einkochapparate Eisschränke, Eismaschinen, Orig. Tutti-Frucci-Fruchtpressen Tafel- u. Wirtschaftswaagen, Waschgarnituren, Betten und Matratzen, Balkonmöbel und Liegestühle

Größte Auswahl in Kleineisenwaren.

Küchengeräte, Kristall, Porzellan, Werkzeuge, Stahlwaren.

Angelgeräte

Chemisch - analytisches Laboratorium

für Industrie, Landwirtschaft, Handel u. Gewerbe

E. Kettler, Poznań

Piekary 16/17, im Hause der Westpolnisch. Landw. Gesellschaft.

Untersuchungen von Futter- und Dungmitteln. Oelen und Fetten, Wasser, Lebensmittel u. Gebrauchsgegenstände. Bodenuntersuchungen n. Methode

Prof. Dr. Neubauer.

3-4 Zimmerwohnung per sofort gesucht; mögl. direkt

vom Wirt. Fahrmiete im
Voraus. Ans. u. 1360

an die Geschäftsf. d. Zeitung

Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Freundliches, gut möbliertes

Balkonzimmer zu vermieten.

Telefon vorh. Ans. u. 1356

an die Geschäftsf. d. Zeitung

Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

W. findet jung. Mädchen
z. bald. Antritt Stelle als

Lehrmädchen i. Gesch.?

Beider Spr. mächtig. Polen

beworbt. Ans. u. 1361

a. d. Geschäftsf. d. Btg.

Poznań, Zwierzyniecka 6.

W. findet jung. Mädchen
z. bald. Antritt Stelle als

Lehrmädchen i. Gesch.?

Beider Spr. mächtig. Polen

beworbt. Ans. u. 1361

a. d. Geschäftsf. d. Zeitung

Poznań, Zwierzyniecka 6.

W. findet jung. Mädchen
z. bald. Antritt Stelle als

Lehrmädchen i. Gesch.?

Beider Spr. mächtig. Polen

beworbt. Ans. u. 1361

a. d. Geschäftsf. d. Zeitung

Poznań, Zwierzyniecka 6.

W. findet jung. Mädchen
z. bald. Antritt Stelle als

Lehrmädchen i. Gesch.?

Beider Spr. mächtig. Polen

beworbt. Ans. u. 1361

a. d. Geschäftsf. d. Zeitung

Poznań, Zwierzyniecka 6.

W. findet jung. Mädchen
z. bald. Antritt Stelle als

Lehrmädchen i. Gesch.?

Beider Spr. mächtig. Polen

beworbt. Ans. u. 1361

a. d. Geschäftsf. d. Zeitung

Poznań, Zwierzyniecka 6.

W. findet jung. Mädchen
z. bald. Antritt Stelle als

Lehrmädchen i. Gesch.?

Beider Spr. mächtig. Polen

beworbt. Ans. u. 1361

a. d. Geschäftsf. d. Zeitung

Poznań, Zwierzyniecka 6.

W. findet jung. Mädchen
z. bald. Antritt Stelle als

Lehrmädchen i. Gesch.?

Beider Spr. mächtig. Polen

beworbt. Ans. u. 1361

a. d. Geschäftsf. d. Zeitung

Poznań, Zwierzyniecka 6.

W. findet jung. Mädchen
z. bald. Antritt Stelle als

Lehrmädchen i. Gesch.?

Beider Spr. mächtig. Polen

beworbt. Ans. u. 1361

a. d. Geschäftsf. d. Zeitung

Poznań, Zwierzyniecka 6.

W. findet jung. Mädchen
z. bald. Antritt Stelle als

Lehrmädchen i. Gesch.?

Beider Spr. mächtig. Polen

beworbt. Ans. u. 1361

a. d. Geschäftsf. d. Zeitung

Poznań, Zwierzyniecka 6.

W. findet jung. Mädchen
z. bald. Antritt Stelle als

Lehrmädchen i. Gesch.?

Beider Spr. mächtig. Polen

beworbt. Ans. u. 1361